Groß-Berlin! Freitag, 4. Mai Mitgliederversammlungen

Nach dieser Logik daran, daß von jemanden ausgesprochen wird, daß die Vertröstung auf die Gewerkschaften eben genau so blödsinnig ist, wie die Jagd nach französischen Spitzeln. Das ferner die Parole, „nieder mit Cuno", wenn man im Auftrage und für Cuno in das chauvinistische Horn bläst, eine blöde Phrase, berechnet auf geistig Unzurechnungsfähige ist. Diese Burschen glauben revolutionäre Proletarier damit zu bluffen, daß sie dauernd betonen, daß ein „Kommunist" kein Helfershelfer des französischen Kapitals sein soll. **Daß sie Helfershelfer des deutschen Kapitals sind, ist ihnen eine Selbstverständlichkeit!**

Wenn jedoch von den deutschen Spitzeln jemand verhaftet wird in Frankreich, oder ausgewiesen wird, so bekommen die Proletarier stets die Neuigkeit aufgetischt, daß „Kommunisten" so reich an Zahl für die „revolutionäre Sache" verhaftet und verfolgt würden. Demnach ist also Fritz Thyssen und die gesamten Gewerkschaftsbonzen, Industriekönige, Polizeioberhäupter und das ganze Heer gewöhnlicher Spitzel richtiggehende „Kommunisten". Hoffentlich wagt sich Hitler nicht zu weit vor, und wird geschnappt. Es wäre sehr schade, wenn den Vaterlandsrettern ein solch unentwegter Kämpfer fürs deutsche Vaterland verloren ginge.

Den verhungernden Erwerbslosen jedoch, sowie dem gesamten Proletariat, das jetzt wieder von den harten Tatsachen gezwungen wird, Stellung zu nehmen zu seiner furchtbaren Lage sagt man: Ihr habt euch an die Gewerkschaften zu wenden. Wer den Wert der Gewerkschaften bis heute noch nicht begriffen hat, das kann nur ein ganz unverbesserlicher Wirrkopf sein, und die „Hundertschaften" werden sich diese Kreatur etwas näher ansehen müssen. Wer heute nicht begriffen hat, daß die „Einheitsfront gegen Poincaré durchbrochen wird, wenn das Proletariat im Hinterlande die Front erdolcht, der bekommt es mit den „Kommunisten" zu tun. Wer ihnen dabei helfen wird, ist nach dem vorhergesagten ja ohne weiteres klar.

Auch wir sagen zu den Erwerbslosen und zum gesamten Proletariat: Achtet auf die Agenten Poincarés — und auf die Spitzel des deutschen Kapitals, die deswegen viel gefährlicher sind, weil sie unter der Maske von „Kommunisten" auftreten. Aber dies nicht die wesentlichste und ureigenste Aufgabe. Eure Aufgabe ist, endlich zu erkennen, daß das Proletariat so lange ohnmächtig sein wird, so lange es nicht seine sozialdemokratischen und vor allen Dingen „kommunistischen" Gewerkschaftsbonzen zu Boden getreten hat. Erst, wenn das Proletariat begriffen hat, daß es nicht genügt, sich für ein paar Brocken totschießen zu lassen, sondern daß das Proletariat die Produktion erobern und sich zu diesem Zwecke in Betrieben zusammenschließen muß, wird, gemeinsam mit den Erwerbslosen, der Kampf ein Ziel, einen Sinn haben. Und dann gilt es die Spitzel und Agenten, die sehr deutlich an ihrem Gebrüll: „Hinein in die Gewerkschaften" zu erkennen sind, aufs Korn zu nehmen, und ihnen das Handwerk zu legen. Aber so lange das Proletariat sich nasführen läßt von den Agenten des deutschen Kapitals, so lange wird das internationale Proletariat seinen Spitzeln und Kapitalszuhältern stets in die Arme getrieben werden.

„Verbandsbücher bleiben gleich hier"

Aus der Fülle der „Erfolge" der Zellentaktiker geben wir nachfolgenden aus der „Roten Fahne" vom 25. April ohne Kommentar wieder:

„Um ihren traurigen Ruhm nicht verblassen zu lassen, will jetzt die Berliner Ortsverwaltung des DFAB. unter Führung des Herrn Reimann ein neues Denkmal ihrer arbeiterschädlichen Politik errichten. Die Zahlstelle Berlin soll zerschlagen werden. Im Gummiwerk Kübler u. Co. besitzen die Genossen Adam und Thaele das volle Vertrauen der Arbeiter und sind Betriebsratsmitglieder und Funktionäre des DFAV. Im Dezember bestand in diesem Betrieb noch eine SPD.-Betriebsratsmehrheit (5 SPD., 2 KPD.). Als diese aber den Reichsbetriebsrätekongreß sabotierten, mußten sie unter dem Druck der Arbeiter ihre Posten niederlegen. Die Neuwahl ergab eine KPD.-Mehrheit (5 KPD., 2 SPD.). Für ihre Niederlage rächte sich die Verbandsbürokratie und ihre wenigen Anhänger, indem sie zu den lumpigsten Mitteln der Denunziation griff und unsere Genossen bei der Ortsverwaltung anklagten, sie hätten Sammellisten für die Opposition zirkulieren lassen, und da die Ruhrhilfe abgelehnt, eine Liste des Fünfzehnerausschusses der Betriebsräte zur Zeichnung ausgelegt.

Der engeren Ortsverwaltung kam diese Anklage sehr gelegen. Und Herr Reimann will jetzt seinen Herrn und Brotgeber Brey beweisen, daß er, da er ja gegen das Unternehmertum nicht kämpfen will, doch stark genug ist, die Einheit der Organisation zu zerschlagen und den Willen der Mitglieder mit Füßen zu treten.

Das Fehmgericht trat zusammen. Und über unsere Genossen, die ihre Meinung und die Rechte der Arbeiter verteidigten, wurde das Urteil gesprochen.

Die beiden Kollegen haben zugegeben, daß sie mit der Sammlung einverstanden sind. Es vereinbart sich aber nicht als Gewerkschaftsfunktionäre, dies zu tun. Beide Kollegen werden aufgefordert, bis zum 25. April 23 ihre Aemter, Adam als Betriebsobmann des Betriebsrates und als Lohnkommissionsmitglied und Thaele als Betriebsrat niederzulegen. Falls bis zum 25. April eine diesbezügliche Erklärung im Verbandsbüro nicht eingegangen ist, gelten beide von diesem Tage an als ausgeschlossen. **Die Verbandsbücher bleiben gleich hier.**"

Mehr arbeiten, weniger essen!

Der Betriebsrat der Eisengießerei Britz schreibt in der „Roten Fahne" von Donnerstag, den 25. April:

„Bei unserer Firma waren Differenzen über die Akkordpreise entstanden. Wir forderten deshalb einen Vertreter des DMV. an, der mit der Firma verhandeln sollte. Es erschien der Kollege Ziska. Bei einem Rundgang durch den Betrieb erklärte der Betriebsleiter, daß an der betr. Arbeitsstelle die Maschinenformer pro Stunde nur 60 Stück der dort hergestellten Kästen anfertigten. Der Vertreter der Firma fragte den Kollegen Ziska: 60 Kästen pro Stunde sind doch zu wenig, ist das nicht auch Ihre Meinung, Herr Ziska? **Kollege Ziska antwortete: Ja, meiner Meinung nach müssen von diesen Kästen mindestens 120 Stück pro Stunde angefertigt werden.** Der bei dieser Unterredung anwesende Meister erklärte nun, es sei ausgeschlossen, 120 Stück pro Stunde herstellen zu können, sondern es könnten seiner Meinung nach bei intensivster Anspannung aller Arbeitskräfte höchstens 90 Stück pro Stunde hergestellt werden. Kollege Ziska wandte sich unter verlegenem Schweigen einem anderen Arbeitsplatz zu."

Ja, ja, was würde das deutsche Proletariat wohl heute ohne seine Gewerkschaften sein, deren Bonzen doch immer wenigstens den Rat, „mehr arbeiten, weniger essen" bei der Hand haben und — natürlich wissen, daß man den deutschen Proleten eben alles bieten kann.

Aus der Internationale

Essener und Berliner Richtung

(Antwort an Gorter. — Fortsetzung.)

Wir müssen aber sogleich bemerken, daß die obige Berliner Resolution, die Frage der Taktik überhaupt — bei jeder Lage nicht erschöpft. Die Taktik, die dort angegeben ist für die Führung von Lohnkämpfen, ist die einzig richtige und revolutionäre, wenn die Unionisten noch in Minderheit in einem Betriebe sind. Bilden im Gegenteil die Unionisten die Mehrheit, so wird diese Resolution nicht genügen.

Die Entwicklung der Union vollzieht sich überhaupt nicht einheitlich unter der Arbeiterschaft, sondern unter den Arbeitern, verteilt auf die verschiedenen Betriebe, aus der Tatsache heraus, daß der kapitalistische Produktionsprozeß nicht ein einheitliches Ganzes ist, sondern sich aufbaut auf die verschiedenen einzelnen Industriebetriebe, woraus sich ergibt, daß die Arbeiterschaft nach diesen verschiedenen Betrieben organisiert ist. Die Entwicklung der Union zur Massenklassenorganisation wird durch die Gewinnung der Arbeiter in den einzelnen Betrieben. Es ist natürlich, daß dieser Prozeß nicht planmäßig vor sich geht. Die Unionisten können in einem Betriebe die Mehrheit bilden, wenn sie in anderen Betrieben in Minderheit, ja sogar überhaupt nicht vertreten sind. Aus dieser Tatsache müssen Folgen für die Taktik der Union gezogen werden. Wenn in einem Betriebe die Unionisten die Mehrheit bilden, die Gewerkschaften dort erledigt sind, verwandeln sich dann die Konflikte zwischen Arbeit und Kapital in Konflikte zwischen Kapital und Union. Die Unionisten als Organisation im Betriebe spielen nicht mehr die Rolle als Kritiker der Gewerkschaften, und suchen nicht nur die Arbeiter (die Mehrheit) bis zu dem Gedanken zu bringen, daß bessere Lebensverhältnisse nur außerhalb der Grenzen des kapitalistischen Systems geschaffen werden können. Die Tatsache selbst, daß die Mehrzahl der Arbeiter im Betriebe Unionisten sind, zeigt, daß diese Phasen schon längst erledigt sind, jetzt ist nicht mehr als erste Bedingung notwendig, die Arbeiter bis zu dieser Erkenntnis zu bringen, um dem Kampf einen revolutionären Charakter zu verleihen und die Führung des Kampfes durch die Union zu übernehmen. Der Kampf beginnt, wenn dieser Prozeß schon zu Ende ist. Er beginnt bei der Bereitschaft der Mehrheit der Arbeiter, den Kampf bis zu seinem logischen revolutionärem Ende zu führen. Darum ist in diesem Falle der Kampf schon in seinem Entstehen ein Kampf der Union, und ihr gehört die Führung des Kampfes.

Dieses ist die einzig richtige und revolutionäre Taktik der Union, indem sie ihre Folge in der Tatsache hat, daß die Unionisten die Mehrheit in einem Betriebe bilden. Zu einer anderen „Taktik" können nur „Theoretiker" kommen, die mit dem wissenschaftlichen Kommunismus gebrochen haben, daß heißt, mit dem Marxismus gebrochen haben, die versuchen, die Logik des Klassenkampfes durch Sophismen zu betrügen, zu dummen Predigten für den individuellen Charakter der Lohnkämpfe und deren Führung durch Unionisten als Einzelperson zu ersetzen, die Tatsache, daß in Gesellschaft dieses „Theoretiker" ein alter Lehrer des geschichtlichen Materialismus, wie Gorter, steht, besagt noch nicht, daß diese Herrn etwas mit dem Marxismus gemein haben; diese Tatsache beweist uns wie die Menschen mit zunehmendem Alter dümmer werden — und nichts anderes! Die Frage ist nun nicht erschöpft. Der Umstand, daß der Konflikt in einem Betriebe ausreicht, indem die Arbeiter Unionisten sind, jetzt sogleich den Kampf außerhalb des Geleises des Lohnkampfes, sogar der Grenzen des Kapitalismus, weil die Unionisten verstehen, daß es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft keine dauernde Verbesserungen geben kann. Anderseits verstehen sie auch, daß ihr Betrieb allein den Kampf um die Abschaffung des Kapitalismus nicht führen kann. Darum werden die Unionisten im Betriebe gemeinsam mit den in der Minderheit befindlichen Unionisten der anderen Betriebe versuchen, die Bewegung zu einem Kampf, um die Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaft zu machen. Freilich wäre es ein Unding und übertriebener Optimismus, zu glauben, daß die Arbeiter von allen anderen Betrieben sich unbedingt diesem Versuch anschließen. Trotzdem muß aber so energisch wie möglich der Versuch gemacht werden. Das ist keine Demagogie, dieser Ruf zum Kampf ist kein Sophismus, der Versöhnung des „opportunistischen" Handelns mit der revolutionären Theorie. Dieser Ruf zum Kampf begleitet von der revolutionären Propaganda, mit allen Mitteln geführt, hat seine revolutionäre Bedeutung und ist revolutionärer als unsere alltägliche Agitation und Propaganda.

Im Falle, daß die anderen Arbeiter keine Solidarität üben ist es ganz natürlich, daß der Kampf den Rahmen des Kapitalismus nicht überschreitet, worin er folglich auch beendet wird, geführt von der Union. Eine solche Entwicklung und Ende des Kampfes ist keine Schuld und kein Opportunismus der Union, sondern ist eine Notwendigkeit, die sich aus dem Opportunismus des übrigen Teils der Arbeiterklasse ergibt, und er bleibt „als Protest gegen das gesamte deutsche Proletariat" (wie sich Gorter ausdrückt in dem von ihm zitierten Artikel der Essener „KAZ.").*) Es ist klar, daß die Entwicklung und die Logik der Dinge die Union veranlassen können, an der Führung der Lohnkämpfe als Organisation teilzunehmen. Hier ist es notwendig, zu bemerken, daß genanntes Beispiel, wenn die Unionisten in einem Betriebe die Mehrheit bilden, wohl kaum der Wirklichkeit entspricht. Die Unionisten sind auf Grund ihres Klassenbewußtseins immer in Konflikt mit dem kapitalistischen System. Im Augenblick, wo sie die Mehrheit bilden, wird dieser Zustand in die Praxis umgesetzt, nämlich zwischen der Union und der Betriebsleitung. Später brechen die Konflikte nicht aus, sie sind jetzt dauernd, wie der Kampf des revolutionären Betriebs mit dem Opportunismus der anderen Betriebe, sowohl wie mit der Organisation dieser Opportunismus — den Gewerkschaften. Es ist also klar, daß die Union, wenn sie die Mehrheit im Betriebe hat, die Aufgabe hat, den Kampf nicht nur gegen den Opportunismus und die konterrevolutionäre Einstellung der Gewerkschaften zu führen, sondern auch gegen die Direktion des Betriebes. Die Unionisten können die Herausforderungen der Unternehmer nicht stillschweigend hinnehmen. Sie wären keine Unionisten, würden sie dadurch die Versuche des Kapitals die zerrüttete Wirtschaft wiedergerzustellen, verschärfte Ausbeutung ertragen. Gleichzeitig können sie aber diese Kämpfe nicht als Einzelpersonen führen, sondern sie müssen es als Organisation, als Union tun. Die Empfehlung dieser Bewegungen ohne die Mitarbeit der Union zu unternehmen, um den Revolutionismus der Organisation zu erhalten, ist nur Leuten vom Schlage eines Goranfert würdig, und wie wir schon erwähnt haben, im Grunde genommen eine Verneinung des Klassenkampfes und des wissenschaftlichen Kommunismus.

Um der Deutlichkeit willen müssen wir einige Beispiele anführen, in denen die Union die Mehrheit der Belegschaft eines Betriebes bildet. Angenommen, die Direktion entläßt kurzerhand die Unionisten, um den, durch die Anwesenheit der Unionisten im Werk bedingten Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen. In beiden Beispielen ist es Pflicht der Unionisten, sich mit allen Kräften als Organisation, als Union, zu wehren, indem sie gleichzeitig alles Mögliche versuchen, die Solidarität der anderen Betriebe zwecks allgemeiner Aktion auf verbreiterter Grundlage mit dem Ziel des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaft herbeizuführen. Ein Recht dazu können die Unionisten nur dann haben, wenn sie selbst als Organisation den Kampf übernehmen. Nur in diesem Falle hat ihr Aufruf die Kraft des Protestes und der Kritik der gegenrevolutionären Gewerkschaften. Wenn sie sich aber mit der Predigt einverstanden erklären, daß solche Kämpfe der „revolutionären" Ehre der Union nicht entsprechen, dann können sie nicht zur Solidarität und entschlossenem Kampfe der übrigen Arbeiter aufrufen. Sie würden sich bei den anderen Proletariern nur lächerlich machen. Das wäre die einzig mögliche Taktik der Union, wenn sie eine Organisation zur Führung des revolutionären Klassenkampfes sein wollte. Die Essener Predigt, die Unionisten müssen diese Kämpfe als Einzelpersonen führen, ohne die Union (d. h. die Betriebsorganisation) in Anspruch zu nehmen, ist das erste Kunststück verwirrter Köpfe, und zweitens steckt die Grundweisheit der Essener in ihr, daß solche Kämpfe nicht in revolutionäre übergehen können. Daher dieser minderwertige, unfruchtbare Reformismus, der in der Essener Theorie enthalten ist: **„Wenn der Lohn zur Deckung der Ausgaben nicht reicht, wegen der wachsenden Teuerung, so geht er (der Unionist) von neuem als einzelner Arbeiter zum Kapitalisten mit der Forderung den Privatvertrag umzuändern in der Form einer Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, wenn er befriedigt wird, so ist die Frage vorläufig gelöst."** Nach dem Essener „Theoretiker" müßten die Unionisten diesen Vorgang unzählige Male wiederholen und nach jedesmaliger Erledigung wieder an die Revolution denken. Das heißt die Erhaltung des revolutionären Inhalts der Union nach dieser „Theorie".

In der Taktik, die wir als Folge der Tatsache, daß die Unionisten die Mehrheit im Betriebe sind, sehen die Essener „Theoretiker" in einem unwürdigen Gegensatz für die Union: Einerseits kämpft sie für die Vernichtung des Kapitalismus und andererseits fordert sie ewige Sklaverei der Arbeiter. Der einzige Ausweg für die Essener ist, diesen Kampf als Privatsache zu erklären und damit die tatsächliche Verneinung des Klassenkampfes, wenn sie diese Weisheit befolgen. Für uns als Marxisten aber muß es klar sein, daß dieser Gegensatz ein Gegensatz der Entwicklung selbst ist. Er ist in dem Grundsatz enthalten, daß die Arbeiterklasse die historische Aufgabe hat den Kommunismus zu verwirklichen, indem sie den Kapitalismus abschafft, aber gleichzeitig setzt ihr Bestehen und ihr Kampf das Vorhandensein der kapitalistischen Gesellschaft voraus. Anders ausgedrückt: Der obige Gegensatz ist nur ein Ausdruck des Gegensatzes, daß die Arbeiterklasse die historische Aufgabe hat, sich selbst abzuschaffen als Klasse (indem sie überhaupt die Klassen als solche aufhebt, nämlich den Kommunismus verwirklicht) und für ihre Erhaltung kämpft. In dieser Form ist der Gegensatz noch krasser, doch findet er eine Fassung in der Entwicklung des Klassenkampfes. Logisch wird es folgendermaßen ausgedrückt: Das Ja wird zum Nein und umgekehrt. Die Union als Massenorganisation trägt denselben Gegensatz in sich. Nur die Partei ist von diesem Gegensatz frei. Die Union löst den Gegensatz auf, indem sie den Kampf vertieft und verbreitert und ihn in seinen Gegensatz umwandelt. Vom Kampf für die Erhaltung der Sklaverei der Arbeiter in den Kampf für die Vernichtung der Sklaverei. Die Union kann das nur zustande bringen, wenn sie als Organisation, als Union den Kampf übernimmt. Die Predigt, daß solche Kämpfe nicht ihre Sache wäre, ist ein Abrücken vom Klassenkampf und nicht Auflösung ihrer Gegensätze.

*) Einen solchen Ausgang würde auch ein Kampf haben, wenn die Unionisten nicht die Mehrheit bilden. Doch wenn in der Entwicklung des Kampfes die anderen Arbeiter die Notwendigkeit des Kampfes erkennen (der Umwandlung in einen revolutionären) und unsere revolutionäre Taktik annehmen, dann werden die Unionisten an der Führung teilnehmen. Sie sollen den Kampf nicht aufgeben, im Fall, daß die anderen Betriebe ihre revolutionäre Solidarität verweigern, weil sich der Kampf im Rahmen des Kapitalismus abspielt. Die Unionisten müssen die Führung bis zum Ende behalten, indem sie alle Kräfte aufbieten, den anderen Arbeitern die Ursache für diesen Ausgang klar zu machen und sie für die Union zu gewinnen, dieses wird die revolutionäre Auswirkung eines solchen Kampfes sein.

Mitteilungen

18. Unterbezirk (Gruppe Cöpenick). Für alle Angelegenheiten der KAPD. und Union kommt der Genosse Heiland, Cöpenick, Schönerlinder Straße 9, Hof II, in Frage. Ebenda ist die Ausgabestelle der „KAZ." und „Kampfruf".

•

18. Unterbezirk (Gruppe Grünau). Am Dienstag, den 8. Mai findet bei Franz, Cöpenicker Straße, abends 8 Uhr, eine Gruppensitzung statt, zu der alle Mitglieder erscheinen müssen.

Die Bezirksleitung.

•

Jugendbewegung

KAJ. Zentrum. Zusammenkunft am Freitag, den 4. Mai 1923, abends pünktlich 7 Uhr, bei Strelke, Waßmannstraße 34. Tagesordnung wird bekanntgegeben.

•

Freitag, den 4. Mai, 7 Uhr, Allgemeine **Mitgliederversammlung**, Schule, Gipsstraße 23a. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Berliner Arbeitsausschuß.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstraße 160

Bestellschein:

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Abonnementspreis für die 1. Mai-Hälfte 780,—

Durch die Post für die 1. Mai-Hälfte 900,—

Name: ....

Ort: .... Str. .... Nr. ......

Quergeb.: .... Hinterh.: .... Vorderhaus: ....

Diesen Bestellschein bitten wir an den Verlag der „KAZ.", Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, in offenem Kuvert als „Drucksache" mit 20 Mark frankiert, einzusenden.

4. Jahrg. Nr. 35. Preis 200 Mk.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen, im Strassenhandel, bei allen Postanstalten und durch den Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Strasse 6

Redaktion und Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6. Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49029.

Abonnementspreis für die erste Mai-Hälfte 780 Mk. Einzel-Exemplare erste Mai-Hälfte durch die Post innerhalb Deutschlands 900 Mk. Nach dem Ausland 4000 Mk. monatlich.

Herrn Cunos Friedensprojekt

Herr Cuno, als Sachverwalter der Schwerindustrie, hat, um sich die Gunst der kleinbürgerlichsten aller Kleinbürger, der deutschen Kleinbürger nicht zu verschlagen, ein „Friedensangebot" gemacht. Er wird darob sehr gelobt, von rechts bis links. Da zum Frieden nun einmal zwei gehören und einer von den beiden, wenn es mit dem Frieden nichts wird, ablehnen muß, kann sich jeder leicht ausrechnen, über wen die demokratischen und gedankenlosen Krämerseelen wohl am meisten erbittert sein werden. Für sie ist von neuem bewiesen, daß das deutsche Kapital und seine Sachwalter vor edelster und uneigennütziger Menschenliebe vollständig zerfließen und Profitinteressen nicht in Frage kommen, während die bösen Franzosen leibhaftige Teufel sind. Der erste Zweck der Note ist also schon erreicht. Es gibt beim besten Willen keine andere Möglichkeit als weiter „durchhalten", soll unser deutsches Vaterland nicht den „Bestien", die uns bedrohen, vollends ausgeliefert werden. Nieder mit Frankreich! Hoch die demokratische Republik. — Diese Stimmung braucht das deutsche Kapital, sie mußte aufs neue reproduziert werden. Die Mark fällt, die Arbeitslosigkeit steigt. Die Arbeitermassen bleiben von diesen Zerfallserscheinungen nun einmal trotz ihrer Gedankenlosigkeit nicht verschont. Der Mai-Patriotismus ist nur ein sehr unzulängliches Mittel, darüber hinwegzutäuschen. Paradeleichenfeldzüge verlieren bei öfterer Wiederholung ebenfalls ihre Wirkung. Um die großen Massen von der Notwendigkeit gesteigerter Auspowerung wirklich zu überzeugen, muß also schon ein „Friedensangebot" gemacht werden. Das Kapital weiß natürlich, daß dies abgelehnt wird, und es weiß ferner, was es nach der Ablehnung tun muß, um seinen Profit da herzuholen, wo er eben zu holen ist. Das Kapital weiß zuletzt, daß die Proletarier nicht wissen, was sie zu tun haben und sich von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ins Schlepptau nehmen lassen. Und das ist vorderhand natürlich geglückt. Wie lange, sei ganz dahingestellt.

Schon die Tatsache, daß man ein solches Blendwerk zerpflücken muß vor dem deutschen Proletariat, daß die meisten trotz ihrer „Bildung", auf die sie so furchtbar stolz sind, gar nicht merken, auf welch oberflächliche Weise sie hinters Licht geführt werden, zeigt, welch leichtes Spiel die Herren Kapitalisten und Sozialdemokraten aller Richtungen (auch der Ersatz Moskauer Marke) noch haben. Denn worum geht es denn eigentlich?

Die Periode des kapitalistischen „Wiederaufbaus" hat dem Kapital neue Wege geöffnet, in bezug auf die Entwicklung seiner Macht in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht, sowohl als auch in bezug auf die Ausplünderung und Niederhaltung des Proletariats. Die letztere Möglichkeit, und als Folge dessen natürlich auch die erstere, resultieren lediglich aus der Tatsache, daß das Proletariat eben noch an den kapitalistischen Aufbau glaubt und sich selbst als unfähig erwies, das Kapital zu stürzen, und die kommunistische Wirtschaft aufzurichten. Und wer nun einmal den kapitalistischen Wiederaufbau will, der wird eben von den Resultaten derselben trotz aller Schimpferei auf die schlechten Zeiten nicht verschont bleiben, die sich in fortschreitendem Zusammenbruch zeigen. Der Ruhrkrieg jedoch ist der lebendige Beweis gerade des Zusammenbruches der Erfüllungspolitik, und der Versuch der Fortsetzung derselben ist eben nur möglich um den Preis von weiteren Millionen Opfern.

Die Proletarier haben in den fünf Jahren „Erfüllung" noch nicht gemerkt, daß ihre so heiß geliebte Republik immer mehr in den Dalles hineingeriet, während das Kapital sich konsolidieren konnte und ungeheure Gewinne einsteckte. Sie haben nicht gemerkt, daß das Kapital heute Republik ist, und die Figuren in dem demokratischen Kontor eben weiter nichts konnten und können, als die Herren Wiedergutmachungslieferanten aus den Mitteln der Republik zu bezahlen. Die Arbeiter haben des weiteren nicht gesehen, daß mit der fortschreitenden Entwertung der Mark und der damit verbundenen eigenen Aussaugung bei jeder „Wiedergutmachungs"krise die Republik als einzige Garanten für ihre Gläubiger eben die Schwerindustrie und das Bankkapital hatten. Daß in Konsequenz dessen die wirtschaftliche Macht des Kapitals ihren politischen Ausdruck finden müßte in der Diktatur des Kapitals über die Republik. Die deutschen Proletarier haben auch nicht gesehen, oder nicht sehen wollen, daß das deutsche Kapital als Gläubiger der demokratischen Republik nicht anders gehandelt hat als jeder tüchtige Geschäftsmann, wenn er diese vielgeliebte und vielbeschützte Republik immer tiefer in den Dalles hineinmanövrierte, wenn es stets das Monopol an Eisen, Kohle, Kali, Verkehr dazu benutzte, um die noch in den Händen der Republik befindlichen Häfen, Eisenbahnen, Post usw. entweder an sich zu bringen, oder den Weg dazu bereiteten, um im gegebenen Moment, wenn diese bankerotte Republik von ihren auswärtigen Gläubigern bedrängt wird, dieser zu sagen, daß man jemandem ohne Pfand kein Kapital vorstrecken kann, und deswegen nur um den Preis der „Lieferungen" das „Vaterland" zu retten bereit ist. Daß das Kapital durch die fortlaufende Entwertung der Mark den Preis für die letztenendes fälligen Reste der demokratischen Herrlichkeiten ganz von selbst immer mehr herabsetzte, und dieser Preis mit dem dadurch erreichten Dalles immer geringer wurde. Auf der anderen Seite hat das Kapital diese Mark selbst abgestoßen und sich in ausländischer Währung eingedeckt. Der Bankerott der Republik war für das Kapital das Ziel, um auf dem Wege der Markentwertung, Finanzkrise, Papiergeldmassenfabrikation, Herabsetzung der Reallöhne, und der dadurch möglichen Schmutzkonkurrenz, die letzten Reste demokratischer Herrlichkeiten einzukassieren. Hand in Hand damit war verbunden eine Konzentration und Monopolisierung in nie gekanntem Ausmaße. Aber alle Dinge haben ihre Grenzen. Diese Entwicklung war und ist keine gesellschaftliche Reproduktion, sondern ist eine Konzentration des Kapitals auf Kosten der Proletarier. Diese Konzentration ist nicht eine Erweiterung der Produktion, sondern sie ist verbunden mit fortlaufender Zerstörung der Kaufkraft und führt fortlaufend zu zwangsläufigen Produktionseinschränkungen. Der Profit jedoch ist gesichert durch die Monopolisierung aller ausschlaggebenden Produkte durch Ausschaltung der gegenseitigen Konkurrenz. Die so herausgewachsene kapitalistische Macht, das ist in Wirklichkeit die Republik, und nach ihr hat alles hübsch zu tanzen vom letzten Gewerkschaftsbürger (auch wenn er sich „rot" nennt) bis zum Reichskanzler, der ruhig Demokrat und nach Brandler vielleicht das sein soll, was die deutschen Demokraten nicht sind.

Der „Dolchstoß"

Was an dieser Stelle schon wiederholt dargelegt wurde, (wozu eigentlich nicht sehr viel Scharfsinn notwendig ist) ist nun prompt und präzise eingetroffen. Dem Widerspruch zwischen der wirklichen Kaufkraft der Mark und der künstlichen Stabilisierung konnte das geopferte Reichsbankgold auf die Dauer nicht Stand halten. Der Bruch wäre vielleicht schon früher eingetreten, aber die Engagierung der Goldreserven des Reiches veranlaßten dasselbe, um nicht die ersten Summen sofort zu verlieren (und durch den Druck der Schwerindustrie), zu weiteren Einsätzen, bis es dem Herrn Reichsbankpräsidenten ging, wie schon manchem naiven Jüngling, der, in Berlin angekommen, „zufällig" in ein Kartenspiel mit allerlei „Freunden" geriet, um nach kurzer Anfütterung vollständig ausgeleert zu werden. Die Bezeichnung, die der empörte Herr Havenstein seinen Freunden anhing, unterschied sich nicht wesentlich von der, mit welcher man solche Bahnhofshyänen zu kennzeichnen pflegt, nur, daß es sich in diesem Falle (nach Havenstein), um Verbrecher am „Vaterlande" handelt. Das nach dieser Bezeichnung verlangte und auch abgegebene Dementi konnte an der Sache selbst ebensowenig etwas ändern, wie an der Tatsache, daß diejenigen, die sich von dem Bluff der Stabilisierung einfangen ließen, eben nur das Opfer betrogener Betrüger geworden sind.

Nimmt man das Meisterstück der deutschen „Friedensnote" und den neuen Purzelbaum der deutschen Mark infolge der Note — und die Note war natürlich wiederum die Folge der innerpolitisch und vor allen Dingen wirtschaftlich völlig unhaltbar gewordenen Lage — so dürfte für jeden ziemlich klar geworden sein, was denn die Glocke eigentlich geschlagen hat. Vielleicht kommen die „Stützungstheoretiker" auf den Gedanken, zu den 500 Millionen Goldmark, die verpulvert sind, noch den Rest hinzufügen, und eine neue „Stützungsaktion" einzuleiten. Wenn sie Devisen benötigen, wird ihnen Herr Stinnes und seine Freunde gewiß dienen können. Die von ihm eingesteckten Dollars zu einem Kurse von 20 000, sind bei ihm sicher zu dem jeweiligen Tagespreis zu haben. Daß unter dem Preis jemand Ware abgibt wird doch selbst der „anständigste" Geschäftsmann nicht verlangen, dies verlangen ja noch nicht einmal die „Kontrollausschüsse" der KPD. Auch die Kleinbürger der SPD., die durch eine Kommission „Aufklärung" fordern über die Vorgänge am Devisenmarkt, werden doch nicht etwa die Schwerindustrie, die den ganzen Rest Devisen aufkauften und der Republik ihre Mark wieder hinwarf, um eben durch den herbeigeführten Marksturz die Produktion aufrechtzuerhalten, einsperren wollen. Sie müßten ja genau dasselbe mit allen denjenigen tun, die infolge der von der deutschen Regierung in die Welt geschickten geistreichen Note ebenfalls die deutschen Papierchen in solch großen Mengen abliefern, daß die auf den ausländischen Märkten deponierten Goldreserven gar nicht genügen werden, um dieselben durch Aufkauf von Devisen an der Börse abzuwehren. — Ein Fiasko auf der ganzen Linie, in der nur das eine klar zu ersehen ist: die Schwerindustrie hat aus dem nationalistischen Taumel ein glänzendes Geschäft machen können — und wird es weiter machen können, wenn sich die Proletarier davon einfangen lassen. Das Spiel ist aus. Die Proletarier, die sich noch immer verblöden lassen von dem Geschrei über die Faszisten, und „Hundertschaften" bilden, bekommen in einer Woche genau die Hälfte von dem Lohn einer oder einiger Wochen vorher. Gewiß gibt es stets Dumme und ganz Dumme. Zu den ersteren gehören diejenigen, die auf den Schwindel der KPD. hereinfallen, „daß der Kampf gegen den französischen Imperialismus fortgeführt werden müßte und trotz der Sabotage des deutschen Kapitals", sicherlich nicht.

Das deutsche Kapital konnte sich diesen Luxus des „Dolchstoßes" deswegen leisten, weil es genau weiß, daß die Gewerkschaften und alles, was mit ihnen versippt und verschwägert ist, alles tun werden und müssen, um das Proletariat trotz der immer furchtbarer werdenden Ausplünderung niederzuhalten. Kapital und Gewerkschaften stehen im Kriege mit dem französischen Kapital. Das Ziel der Gewerkschaften ist die Rettung der Reichseinheit um jeden Preis. Das deutsche Kapital hat absolut nichts gegen diese Parole, ihm kommt es darauf an, daß der Druck, den es mit Hilfe der Gewerkschaften auf das französische Kapital ausübt, dieses zu Verhandlungen bringt. Die Gewerkschaften jedoch sind mit dem Moment in ihren Grundlagen erschüttert, wo der nationale Rahmen, in den sie gebettet sind, zersprengt wird, zerfällt, den Arbeitermassen die Unmöglichkeit des nationalen reformistischen Kampfes klar zeigt und so beweist, daß nur das international kämpfende Proletariat mit dem internationalen Klassenziel: Eroberung der Produktion durch die proletarische Diktatur einen Sinn hat. Aus diesem Grunde müssen und werden die Gewerkschaften trotz alles Geschreis den Befehlen ihrer Herren und Gebieter Folge leisten und dem Proletariat die verabreichten Schläge als unumgänglich notwendig nachweisen. Das Kapital wird sich diesen Liebesdienst gern gefallen lassen, und wird selbst feste in das nationalistische Horn blasen, bis unter dem Zwang der Verhältnisse eben Verhandlungen stattfinden. Als Stinnes sich seinerseits von den Gewerkschaftsführern die Vollmacht und Bürgschaft geben ließ, für die für ihn notwendigen Ueberstunden im Bergbau, kam er bekanntlich mit einem Privatvertrag, den er mit Lubersac abgeschlossen hatte, zurück und erklärte den schimpfenden und betrogenen Gewerkschaftsbonzen, daß die „Nation" nicht das Kabinett Wirth sei, sondern eben derjenige, der noch Kredit in der Welt hat. Und die Arbeiter, die heute die Fäuste ballen (in der Tasche) und „trotzdem" das „Vaterland nicht im Stich lassen", sie werden eben „trotzdem" immer mehr schufften müssen, weniger essen müssen, werden „trotzdem" Herrn Stinnes und dem deutschen Kapital die Geschäfte besorgen und, wenn Herr Stinnes die Mark hochgepumpt haben wird, bis es gar keine Taschen mehr gibt, groß genug, um den Segen zu tragen, dann wird das deutsche Kapital, wenn die Ausbeutung einmal seine natürlichen Grenzen gefunden und der demokratische Kramladen leergekauft ist, eben „trotzdem" das Vaterland „verraten". Im Prinzip ist die Internationalisierung ja schon in der deutschen Note festgelegt. Man wird natürlich keine „Lostrennung" vollziehen. Man wird dem deutschen Proletariat immer wieder sagen: Es liegt ganz an euch, ob ihr jetzt so viel, und artig und knechtseelig fürs Vaterland schuften wollt, 10, 12 oder 15 Stunden, je nachdem und lange, lange Jahrzehnte; und ihr könnt ein Vaterland wieder zusammenschuften. — Die kapitalistische Entwicklung und die Internationalisierung des Kapitals geht — zum Glück — über alle jene Illusionen hinweg, die aus einer Denkweise geboren sind, deren Ursachen heute längst verschwunden sind. Die ganz unfaßbare und kreuzdämliche Phrase der KPD., die jeden Tag entdeckt, daß das Proletariat von seinem Todfeind, dem Kapital, einen „Dolchstoß" erhielt und sich darüber entrüstet, hat das eine Aufrichtige an sich, daß die KPD. bis jetzt den Kampf nicht gegen, sondern gemeinsam mit dem Kapital führte, und jetzt von dem deutschen Kapital verraten worden ist. Und das ist richtig. Es entspricht dies den Interessen Rußlands: „Bündnis Deutschland, Oesterreich, Türkei, Rußland. Das deutsche Kapital lehnt dankend ab und sieht seinen Weg in einer Verständigung mit Frankreich. Dabei ist ihm das Kriegsgeschrei Moskaus natürlich ebenso angenehm, wie das der Sozialdemokratie.

Dem deutschen Proletariat wird in nächster Zeit wieder zum Tanze aufgespielt werden, und nicht so knapp. Die 7 Billionen Kriegskosten von seiten Deutschlands allein, die sind nicht eben ohne jede Bedeutung. Die zweite Phase des Wiederaufbaus ist die Zwangsstabilisierung mit ihren Begleiterscheinungen wie in Oesterreich, dann, wenn das deutsche Kapital mit dem Erbfeind handelseins geworden ist, und gemeinsam mit diesem seinen Wechsel präsentieren wird. Und die einzige Frage, die heute auf die Tagesordnung gestellt ist, das ist eben nichts mehr und nichts weniger, als für das Proletariat die klare und unzweideutige Entscheidung: Tod oder Leben! — **Kapitalismus oder Kommunismus!**

Dieser Industrietreiberrummel, der schon so gut wie sicher alles in der Tasche hat, und den die wichtigtuenden Schieber mit ihrem bißchen demokratischer Habe nicht mehr entrinnen werden und können, kann sich notwendigerweise nicht auf das deutsche „Vaterland" beschränken. Er stößt mit seinen Konkurrenten über den nationalen Grenzen zusammen, und dieser nächste Konkurrent ist der französische Imperialismus. Das französische Kapital, das ebenfalls, wenn die Reparationslieferungen und -zahlungen, auf denen sein Staatshaushalt aufgebaut ist, ausbleiben, diese bankerotte Laufbahn vor sich sieht, müßte ebenso blind sein, wie die deutschen Proletarier, wenn es nicht sehen würde, daß sein deutscher Konkurrent den auf der deutschen Republik lastenden Reparationsdruck nicht lediglich und mit Erfolg zu seinem Gunsten auszunützen wüßte. Es sieht sich nun die weiteren Zahlungen gegenüber, sieht die neue imperialistische Konkurrenzmacht, und sieht einen Ausweg nur in der Losreißung der deutschen Kohlengebiete. Es verfolgt genau dieselbe Pfänderpolitik wie das deutsche Kapital gegenüber der Republik. Es weiß, daß die Zahlungen, die es nötig hat, um selbst sich Luft zu verschaffen, nie einzutreiben sind und nimmt mit der Geste des Wucherers, der genau weiß, daß die Pfänder nie eingelöst werden können, so lange die aus den Proletariern herausgepreßten Zahlungen, bis eben der letzte und größte Wechsel fällig und nicht einlösbar ist.

Das deutsche Kapital hat natürlich kein Interesse an der Stabilisierung der Mark, so lange seiner Entwicklung Hemmnisse entgegenstehen, und denkt aber auf der anderen Seite gar nicht zum Bezahlen. Sie wird weiter lachen, daß das deutsche Kapital mit 20 Milliarden, die es nicht selbst, sondern der Schuldner aufzubringen hat, die Franzosen aus dem Ruhrgebiet vertreiben will, denn dies wird als eine Voraussetzung

Oeffentliche Versammlung

Dienstag, den 8. Mai, abds. 7 Uhr

Neukölln, Schulaula, Kaiser-Friedrichstr.

Thema:

Arbeiterregierung oder proletarische Diktatur?

der Verhandlungen bezeichnet. Und sie wird des weiteren schon sichern, daß die deutschen Kleinbürger sich aufrichtig vor Wut die Haare raufen und bis jetzt noch nicht begriffen haben, daß man von allen Seiten diese Art Streiche nur deswegen ausheckt, weil man die Unlösbarkeit des Problems sehr wohl erkannt hat, und nur deswegen dieses Zeug sich gegenseitig zuschiebt, weil man nur dadurch eine Stabilisierung der Dummheit glaubt erreichen zu können und so das Proletariat ablenken kann von seiner ureigensten Aufgabe, eine Gesellschaftsordnung, deren einziges Fundament nur noch die nationalistische Beschränktheit demokratischer Kleinbürger ist, den Todesstoß zu versetzen. Das deutsche Kapital wird diese Beschränktheit so lange als Hebel um den Kampf um den Profit benützen, so lange die Auswirkungen der Katastrophe eben nicht vollständig unerträglich werden. Es wird den nationalen Plunder selbst in Stücke reißen, und hat die Republik längst hinter sich gelassen. Und es wird das Proletariat ist mehr zur Ruhe kommen lassen und es selbst lehren, daß die Voraussetzung des Friedens und des Aufstieges die Durchführung der proletarischen Revolution sein muß, bei Strafe des Unterganges in der Barbarei.

Rundschau

Leichenfledderei

Im preußischen Landtag fand die Sozialdemokratie wieder einmal Gelegenheit, die in der Märzbewegung in Mitteldeutschland verübten Gemeinheiten zu beschönigen. Anlaß dazu bot ein Antrag der KPD., den dieselbe im Februar 1923 stellte, und der besagt, **„die schuldigen behördlichen Organe zur Rechenschaft zu ziehen".** Die Konterrevolution soll also ihre Schergen für ihre treuen Dienste bestrafen. Für die KPD. ging es allerdings darum, nachzuweisen, daß sie nirgends gewesen ist, um sich von den letzten Verdacht revolutionärer Vergangenheit zu reinigen. Um diese Taktik, auf diese Weise die Fähigkeit zum Minister nachzuweisen, vor den Proletariern als „revolutionär erscheinen zu lassen, mußte man natürlich das üble Geschimpfe auf die VSPD., deren Zuhälter gegenwärtig die KPD. im allgemeinen und im besonderen in Sachsen ist, vom Stapel lassen. Heute sieht vielleicht auch die KPD. ein, daß es besser gewesen wäre, den Mund hübsch zu halten. Denn der berüchtigte Heilmann wußte dort mit folgenden für die KPD. unangenehmen und bezeichneten Tatsachen aufzuwarten, die die **„Rote Fahne"** trotz allen Geschreis **unwidersprochen** läßt:

„Karl Radek war der Berater der deutschen Kommunisten. Er war auch der Vater der Offensivtheorie. Im März 1921 wurde dann Radek durch **Bela Khun** ersetzt, dessen Massenmorde unter der Arbeiterschaft berüchtigt sind. Aber die Zentrale der Internationale hatte noch einen Rest von Gewissen und deshalb ging zuzeiten mit Bela Khun **ein Schreiben an Brandler** nach Deutschland. Darin hieß es, daß, wenn Bela Khun zu Maßnahmen dränge, die nicht zu billigen seien, sofort ein chiffrierter Telegramm nach Moskau geschickt werden solle. **Dieses Telegramm hatte Brandler fertig in der Tasche,** als er zu der Entscheidungssitzung am 17. März 1921 ging.

Abg. **Scholem** (Komm.): Von wem wissen Sie das alles? (Ungeheurer Lärm bei den Kommunisten.)

Abg. **Heilmann** (fortfahrend): Wenn Herr Scholem es besser weiß, mag er seine Kenntnisse hernach mitteilen. In dieser Sitzung ist die Offensive beschlossen worden. Es ging dabei so zu:

Bela Khun hielt ein Referat über die auswärtige Lage und erklärte, die Dinge hätten sich revolutionär zugespitzt und die Situation sei zum Losschlagen günstig. **Da erhob sich Brandler, aber nicht um zu bremsen, sondern um die Rede Bela Khuns noch zu überschärfen.**

Abg. **Scholem** (Komm.): Das ist eine Lüge!

Vizepräsident: Wenn Sie dabei waren, Herr Scholem, können Sie hernach berichtigen.

Abg. **Heilmann** (fortfahrend): In der Rede Brandlers war die Rede davon, daß auch ein Krieg zwischen Amerika und Japan vor der Türe stehe und also die Lage im allgemeinen zum Losschlagen günstig sei. Diese Rede Brandlers veranlaßte später Levi, zu erklären, daß in der Spitze der Kommunistischen Partei damals ein Mann gestanden habe, der besser in eine Kaltwasserheilanstalt gehört hätte. In der Kommunistischen Internationale" schrieb der Reichstagsabgeordnete Frölich, die Partei habe die Aktion erst nach Ostern beginnen wollen, daran sei sie aber durch die Provokation Hörsings verhindert worden. **Und in einer Broschüre, die auf Befehl Moskaus wieder eingezogen wurde, erklärte Thalheimer,** der Kampf in Mitteldeutschland sei ein „offensives Verteidigen" gewesen und habe die Einleitung zu einer Reihe von Aktionen bilden sollen. Die Oberleitung wurde Stöcker und Brandler übertragen. Herr Stöcker verlangte damals auf der Sitzung, daß ihm und Brandler, da sie beide ja auch nur Menschen seien und auch einmal schlafen müßten, ein Chaiselongue zur Verfügung gestellt werde. Vom Kanapee aus hätten also dann Brandler und Stöcker Tausende von Arbeitern in Not, Tod und Elend geschickt. (Ungeheurer Lärm bei den Kommunisten.) Seit dem 18. März brachte die „Rote Fahne" jene bekannten Aufrufe mit dem immer wiederkehrenden Schlagwort „Mit der Waffe in der Hand!" Dieses Schlagwort war durchaus unmißverständlich.

Die Sprengstoffattentate wurden von der Kommunistischen Partei planmäßig organisiert und der Organisator hieß Eberlein.

Das Attentat auf die Berliner Siegessäule ist zwar nicht von Eberlein, aber von Bela Khun gebilligt worden. Alle diese Sprengstoffattentate in den verschiedensten Städten sollten setzen. Bela Khun **stand mit der KAPD.** in Führung und nur so war das Auftreten von Max Hölz möglich. In der kommunistischen Zentrale hat man dann über den Abbruch des Kampfes beraten. Thalheimer und Stöcker wollten den Abbruch, sie hielten aber wieder um, als ein Mitglied der Zentrale mit der Faust auf den Tisch schlug und für die Fortsetzung des Kampfes eintrat. Dieses Mitglied war Herr Eberlein. (Wilder Lärm bei den Kommunisten.)

Von Konterrevolutionären und einer konterrevolutionären Partei erwartet man nichts anderes, als daß sie revolutionäre Arbeiter mißhandeln, daß diese ein Verständnis für eine Solidaritätsbezeugung von seiten des revolutionären Proletariats begreifen können. Auch ist die Demagogie, mit der die sozialdemokratischen Orgeschführer ihre Scharfmacher suchen, absolut nicht zu begreifen. Was jedoch wesentlich und für das Proletariat in Zukunft von großer Bedeutung ist, das ist die geradezu verbrecherische Politik, mit der man den Kampf revolutionärer Proletarier des Ostens absichtlich machen wollte und aus diesem Grunde nicht den Notwendigkeiten des Kampfes der mitteldeutschen Proletarier Rechnung trug, sondern mit Hilfe bezahlter Subjekte auf der einen Seite zum Kampf mit den Waffen aufforderte, und auf der anderen Seite diesen Kampf mit allen Mitteln verhinderte. Herr Brandler, dieser ausgemachte Lump (man nehme uns dies Wort nicht übel, das Proletariat hat die Pflicht, einen Lumpen beim richtigen Namen zu nennen), hat vor dem bürgerlichen Klassengericht schon gezeigt, wessen Geisteskind es ist. Er hat nur sagen, daß selbst diese Feigheit noch verlogen war und er selbst derjenige war, deren (nach seiner dort vertretenen Meinung) Tasse er und die Zentrale verhindern wollte. Wir betonen jedoch mit allem Nachdruck, daß für die KAPD. und ihre Haltung keine KPD., kein Brandler und kein Bela Khun maßgebend war. Unsre Haltung war bestimmt, von der Tatsache, daß wir nur für unsere proletarische Pflicht hielten, das Proletariat zur Solidarität für die mitteldeutschen Arbeiter aufzurufen, die mit den Hörsingbanden im Kampfe standen, und von diesen dazu provoziert wurden. Auch stand die KAPD. in keiner Verbindung und keinem Einfluß von Bela Khun oder sonstige Abgesandten. Das revolutionäre Proletariat kann jedoch aus dem Streit der Leichenfledderer deutlich ersehen, daß es dauernd ein Objekt für Renegaten und bezahlte Strolche bleiben wird, wenn es nicht begreift, daß sein Kampf nur geführt werden kann vom Proletariat selbst unter Ausschaltung parlamentarischer und sozialdemokratischer Krippenjäger.

Herren und Knechte

Essen, 3. Mai. (WTB.) Werksleitung und **Betriebsrat der Krupp'schen Gußstahlfabrik** haben an die Werksangehörigen die nachstehende **Bekanntmachung** erlassen, die an den Fabriktafeln der Gußstahlfabrik angeschlagen ist: **„Herr Krupp von Bohlen und Halbach,** der Vorsitzende unseres Aufsichtsrates, hat gestern vormittag, als er in der Angelegenheit der verhafteten Mitglieder des Aufsichtsrates Proletariats, hat das Kapital in ihnen ein sehr wirksames außenpolitisches Druckmittel. Für den Stinneskonzern z. B. ist die antifranzösische Propaganda von jeher nur eine Waffe gewesen, um sich bei der Schaffung des mitteleuropäischen Montantrusts bessere Bedingungen zu erkämpfen.

„Diese Erscheinung, daß das Schwerkapital sich des ganzen nationalen Theaterzaubers bedient zur Durchführung seiner Interessenpolitik nach innen und außen, ist überall zu finden. So ist Mussolini und die Getreuen völlig von der Gnade des Mailänder Industriekapitals und der Großgrundbesitzer der Provinz Emilia abhängig. Die „Kakhi-Koalition" von 1919 in England war aus dem Ausbeutegeschäft für die „Industrial Federation of Great-Britain" (Organisation der britischen Schwerindustrie) und der „Bloc National", der heute Frankreich beherrscht, heißt in Wirklichkeit „Union des Enterets economique" (Verband der französischen Industrie).

Die KAPD. hat deswegen vollkommen recht, wenn sie den „Kampf gegen den Faszismus" als Schwindelparole der KPD. brandmarkt, geeignet, Verwirrung über das eigentliche Kampfziel des Proletariats zu stiften. Das bleibt nach wie vor die Wirtschaftsoffensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse, die Kräfte verzeuden, dieser Hydra die Köpfe abzuschlagen, die doch immer wieder nachwachsen. Es gilt, sie ins Herz zu treffen.

Die französische Propaganda im besetzten Gebiet

In dem Ruhrkrieg, der sich ja jetzt bald seinem Ende nähert, sucht, wie in jedem Kriege, eine jede der kämpfenden Parteien sich nach Bundesgenossen. Und so kann man denn beobachten, daß der Ruhrprolet, der Kumpel, das früher so verachtete Höhlenvieh, jetzt von allen Seiten gehätschelt und gestreichelt wird, und daß ihm ein jeder Kombattant zu beweisen sucht, daß er allein so arbeiterfreundlich sei. Die deutsche Propaganda, angefangen von der Ruhrhilfe bis zu den „nationalen" Streiks und Streikchen, tut alles, um den Kampf an das „Vaterland" zu ketten: Es ist noch frisch in Erinnerung, wie das Stinnesorgan, die „DAZ", einen Leitartikel verzapfte, worin sie zu beweisen suchte, daß in Frankreich Streiks und alle Regungen des Proletariats blutig unterdrückt wurden, in Deutschland aber das Paradies des Arbeiters sei.

Auch die Franzosen versuchen mit allen Mitteln, um die Seele des deutschen Kumpels zu ringen. Die Zeiten sind vorbei, wo der letzte Satz ihrer Flugblätter lautete: „Ihr müßt berappen!" Die französische Propaganda ist in der letzten Zeit äußerst geschickt geworden. Wenn man ihre jetzigen Flugblätter zur Hand nimmt, glaubt man im ersten Augenblick ein KPD.-Produkt zu lesen. Welcher Unterschied besteht z. B. in den Flugblättern der KPD. und den nachfolgenden des französischen Imperialismus?:

Von Ludendorff zu Cuno

„Die Regierung Cuno treibt die Ruhrarbeiter in den Kampf, genau so wie die Oberste Heeres-Leitung die deutschen Soldaten in eine „Kaiserschlacht" trieb. Wie sieht es aber in der „Etappe" aus? Die Preise, die sonst mit dem Dollar in die Höhe gingen, haben sich auch national eingestellt, und klettern jetzt lieber mit der Mark. Von der Kohle und dem Eisen bis zum Brot und zur Milch, wird alles teurer. Scheinbar weiß die Handelswelt zu gut, wie künstlich die Mark- und Stimmungsstützung der Cuno-Regierung ist. Schüchtern bittet ein Hohes Ministerium die Handelskammern, doch etwas zu tun, um den Interessen der Verbraucher die gebotenen Rücksichten entgegenzubringen". Auf den Erfolg dieser Bitte darf man gespannt sein. Merkt Ihr nicht, wie die heutige Lage eine verzweifelte Aehnlichkeit mit den letzten Kriegsjahren hat? Heute wie damals verschwinden ungeheure Summen in dieselben Taschen; heute wie damals wird zu einem Widerstand, angeleuert, vor dessen Folgen die heutigen Führer sich ebenso drücken werden, wie die Führer von 1918. Ludendorff hat den Weltkrieg verloren, weil er die deutschen „Kräfte überschätzte, und den Gegner unterschätzt hatte. Es scheint, daß Cuno aus der Erfahrung Ludendorffs keine Lehre gezogen hat. **Nach dem Weltkriegsbankrott der Kohlenkriegsbankrott.**

Der Tanz der Mark

Die von der Schwerindustrie aufgehäuften Mengen von Auslandsdevisen, die von der Reichsbank angeblich zur Wiedergutmachung gebildeten Reserven sind jetzt auf den Devisenmarkt geworfen worden, um den Markkurs zu heben. Mitte Februar 1923 hat eine Berliner Bank, die für Rechnung der Reichsbank handelte, innerhalb 12 Minuten 500 000 englische Pfund verkauft, das sind 10 Millionen Goldmark oder ungefähr 60 Millionen Papiermark. Andere Banken sind diesem Beispiel gefolgt. **Zu welchem Zweck?** Um die Welt zu verblüffen — um den Glauben an die Besserung der gegenwärtigen Lage zu erwecken. Wie lange wird dieser Tanz der Mark andauern? Einige wenige Tage höchstens. In einigen Tagen sind die Reserven dahingeschmolzen, die Lebensmittel noch teurer geworden, **das Elend noch viel größer.** Welchen Nutzen wird die Arbeiterklasse aus diesem Spiele haben? Eine neue Entschuldigung zur Verarmung des Staates und des Privateigentums. Wieder einmal ist dann der Beweis erbracht, daß der Staat und die Schwerindustrie sehr große Reserven an Auslandsdevisen besaßen. Diese Devisen waren nicht dafür bestimmt, die Reparationen zu zahlen, deren Tilgung Deutschland verweigert, noch das Los der arbeitenden Klassen zu bessern. Es sind also nicht die Bestimmungen des Vertrages von Versailles, welche die unsichere Lage Deutschlands hervorriefen, sondern einzig und allein die selbstsüchtigen **Ränke der Schieber und Schwerindustrie.**

Regierung, Industrie und Währung

Vom 3. zum 10. Februar 1923 ist der Dollar um 60 Prozent gefallen. Dagegen ist die Kohle um 99 Proz. der Koks um 81 Proz., das Eisen um 60 Proz. im Preise gestiegen. Die Lebensmittel sind durchschnittlich um 85 Proz. gestiegen. Jede Markbesserung ist künstlich, wenn sie nicht mit Preisabbau Hand in Hand geht. Die deutsche Regierung versucht durch Markhausse nationistische Widerstandsstimmung zu machen. Die Industriellen, die selbstverständlich Bescheid wußten, haben rechtzeitig ihre Devisen abgestoßen: zu 52 000 Mark für 1 Dollar. Jetzt kaufen sie die von der Reichsbank abgestoßenen Devisen zu 20 000 Mark pro Dollar. Nachher können die Herrschaften überlegen, ob das Spiel wieder von vorn anfangen soll. **Für die Arbeiter gibt es nur die Ruhrspende.** Allerdings wird ihnen dazu Geduld eingepaukt. Wie heißt es doch: Siegen werden die längere Geduld und die stärkeren Nerven. Die Börsenwerte, die Mark ist eines der gewaltigsten Börsenmanöver, die je auf **Kosten der breiten Massen ausgeführt worden sind.**

Einige Zahlen

Jahrelang haben die Alliierten versucht, zur Sanierung der deutschen Finanzen alle erdenklichen Vorschläge zu machen. Die Antwort von deutscher Seite war stets: Hetze, Beschimpfungen. Jetzt waltet die Cuno-Regierung frei: die Sanierung der deutschen Finanzen bietet jetzt für die Alliierten keine Interesse mehr. Jedoch muß bemerkt werden: 64 Proz. der Einkommensteuer stammen von dem 10 Proz. Lohnabzug (Rede des Abg. Loeb, im Reichstag). Die gestundete Kohlensteuer beträgt 25 Milliarden (Frankfurter Zeitung). Diese Summen werden bereits seit Ende August-September 1922 gestundet; damals war die Mark auf ein Siebentausendstel Dollar wert. Sie wurden Ende Dezember und Januar bezahlt, als die Mark ein Siebentausendstel Dollar wert war. Geschuldet werden noch 2000 Millionen Mark (seit Ende November). Heute ist dieser Betrag nur ein Fünftel des damaligen Wertes. Das kann man verstehen, daß die Schwerindustriellen eine Regierung unterstützen, die ihnen so große Geschenke macht. **Aber solange das Reich so regiert wird, bleibt Frankreich und Belgien stärker übrig, als sich selbst bezahlt zu machen.** Und sie werden solange harren, wie nötig ist.

Die Verwendung der Ruhrhilfe!

Der Direktor des Handelsbots in Essen hat bereits Millionen von der Ruhrhilfe für sein Personal bekommen, das üppig und elegant von Bierstube zu Weinstube schlendert. Zur selben Zeit verhungern Arbeiterkinder, deren Väter durch die Ausnahmepolitik der Arbeitslosigkeit gezwungen wurden. **Wie schön der „spotane" Widerstand.**

Arbeiter!

Wozu gingen wir zu Krupp?: Um fünf Autos zu requirieren, und nicht um Eure Arbeit zu stören. Was ist wem **Euch geschehen lassen?** Wer ist Euch **auf die Stiefel getreten?** Für wen sollte Euer Blut fließen? Für diejenigen, die Euch die Zahlung der Steuern überlassen, die Euer Elend einer gerechten Regelung der Reparationsfrage vorziehen, weil ihr Besitz nur zum Einkommen öffnet, die jetzt fühlen, daß sie bald vor der Weltmeinung, vor dem erwachenden Gewissen im Innern und vor der französischen Gerechtigkeit kapitulieren müssen, und einen endgültigen Frieden zugeben müssen, die endlich mit Eurem Blut die nationalistische Haßpropaganda nähren wollen, damit sie noch an dem dadurch vorbereiteten Kriege verdienen können. **Arbeiter!** Die Krupp, Thyssen, Stinnes und Konsorten sind an dem 1. Juhre 1920 geflossenen Blute noch nicht gesättigt.

Bis zum bitteren Ende

Hugo Stinnes hat dem Vertreter der „Evening Standard" erklärt, daß die Reichsregierung nicht verhandeln würde, solange die alliierten Truppen im Ruhrgebiet sind. **Denn Stinnes kann warten!** Beim Transport der englischen Kohlen nach Deutschland, der von den Schiffen dieses großen Industriellen, Organisators, Journalisten und Reeders besorgt wird, bekommt er genau 1 Schilling per Tonne Fracht. Da Deutschland augenblicklich jede Woche 120 000 Tonnen englische Kohlen einführt, kann man leicht ausrechnen, daß der Fürsprecher des Widerstandes bis zum bitteren Ende, monatlich 4mal 120 000 Schilling netto verdient, das sind 480 000 Schillings oder 24 000 Pfund, das heißt 600 Millionen Mark. Kein Fernsprecher, keine Eisenbahn, kein Telegraph, entsetzliche Teuerung, Durcheinander . . . Das hat doch nichts zu bedeuten, denn . . . Stinnes kann warten. Bis zum bitteren Ende werden die Herrschaften schön verdient haben.

*

Man sieht, wie er sich räuspert und wie er spuckt, das haben sie ihm abgeguckt": von der Gesamteinstellung bis zur „revolutionären" Terminologie.

Außer den Flugblättern geben die französischen Imperialisten noch laufende „Nachrichtenblätter" für die Presse, und bildliche Darstellungen heraus. So sieht man z. B. auf einem Bilder-Flugblatt gedruckt einhersteigender Reichswehrsoldaten mit aufgepflanzten Bajonett. Darüber steht: „München 1919" und darunter: „Ist das auch französischer Militarismus?" Ein leder Vorfall und Zwischenfall wird von den Franzosen sofort propagandistisch ausgenützt. So erschien nach der Niedermetzelung der Krupp-Proleten ein Flugblatt, worin der Vorfall an sich bedauert und den deutschen Kapitalisten in die Schuhe geschoben wurde, und dann heißt es weiter: „Die deutschen Kapitalisten schreien jetzt darüber Zeter und Mordio, Wo haben aber die deutschen Kapitalisten gesagt, als im Mai 1919 41 katholische Gesellen in München von der Reichswehr ermordet wurden? Was haben die deutschen Kapitalisten gesagt, als im März 1919 hunderte von Arbeitern im Ruhrgebiet niedergemetzelt wurden?" ist. Man sieht, der deutsche Kumpel bekommt jetzt von allen Seiten so viel Honig um sein Maul geschmiert, daß er bald davon ersticken wird.

Wir müssen uns demgegenüber bewußt sein, daß der Klassenkampf international ist, und daß er im Ruhrgebiet dementsprechend von zwei Fronten geführt werden muß: gegen den deutschen und gegen den französischen Kapitalismus. Ein Wolf bleibt ein Wolf, gleichgiltig, ob sein Schafspelz, in das er sich gehüllt, blau-weiß-rot gebändert oder schwarz-rot-gold gestreift ist.

Eine merkwürdige Erwerbsquelle

ist die „Rote Fahne". An der moralischen Qualifikation eines Bordells gemessen, müßte letzteres als Institut zur Bekämpfung sittlicher Verwahrlosung bezeichnet werden, wenn man die Lügenfahne als Bordell ansprechen will. In der Ausgabe vom Mittwoch, den 2. Mai meldet das Blatt unter der Ueberschrift: „Eine merkwürdige Affäre":

Die Lokalnachrichten einer Berliner Korrespondenz machen Mitteilungen über eine Affeier der KAP., die durch Meldungen von unseren Genossen noch nicht nachgeprüft werden konnten. Nach der Wiedergabe der genannten Korrespondenz hätten sich Arbeitslose nachmittags 2 Uhr auf dem Baltenplatz versammelt und seien nach dem Friedrichsfelder Friedhof gezogen. Dort hätten im Auftrage des KAP.-Aktionsausschusses Leo Fichtmann + 8 Männer mit Pappkartons ausgerüstet und sie beauftragt, während des Rückmarsches für die Arbeitslosen zu sammeln. Als der Zug auf dem Baltenplatz wieder ankam, waren die Sammler verschwunden; als Fichtmann darauf erklärte, das Geld werde nicht, wie zuerst versprochen, sofort, sondern erst einen Tag später verteilt, liefen einige Arbeitslose zur — Polizei, während andere auf Fichtmann eindrangen. Von der herbeigerufenen Polizei wurden 10 Arbeitslose, die Fichtmann bedrängten, festgenommen und Fichtmann selbst in Schutzhaft genommen, um ihn vor Mißhandlungen zu schützen.

Daß eine Berliner Korrespondenz diesen Vorgang als eine Affeier der KAP. bezeichnet und von einem Aktionsausschuß der KAP. gemeldet hat, ist eine Lüge, welche sich die Kulis der „Roten Fahne" aus ihren schmutzigen Phantasien zusammenlügen. Diese Korrespondenz bringt lediglich die Meldung von einer Affeier der Arbeitslosen, die auch von anderen Blättern, u. a. vom „Vorwärts", der „Volkszeitung" usw. am 2. Mai so wiedergegeben werden:

„Die Arbeitslosen versammelten sich auf dem Baltenplatz, um nach dem Friedhof in Friedrichsfelde zu marschieren. Sie führten Sammelkartons mit sich mit der Aufschrift: „Geld reichlich!" auf dem Friedhof hielt ein Sprecher Fichtmann eine Ansprache und teilte dann mit, daß das gesammelte Geld am nächsten Morgen verteilt werden solle. Die Sammler mit den Kartons waren nicht mehr da. Die Menge wurde mißtrauisch und murrte auf dem Heimweg immer lauter. In der Frankfurter Allee drohte man, Fichtmann und dem Ausschuß zuliebe zu gehen und wandte sich an die Schutzpolizei. Diese stellte die zehn Führer fest und entließ sie wieder. Was aus den Kartons mit dem gesammelten Geldern geworden ist, weiß man noch nicht."

Es ist die grenzenlose Wut der Fahnenkulis gegen das revolutionäre Proletariat, die aus obiger Gemeinheit spricht. Wie die gepreßtesten Eier platzen und stinken, so platzen alles, was irgend ein Außenseiter an Dummheiten begeht, der KAP. an die Rockschöße zu hängen, weil wir ihren Verrat an der Arbeiterklasse und ihr korrumpiertes Geschäftsgebaren gelegentlich ins rechte Licht rücken.

Die KPD. und die „Rote Fahne" wissen sehr genau, daß der Fichtmann weder zur KAP. noch zur AAU. gehört und daß die KAP. keine Aktionsausschüsse hat. Sie wissen ferner sehr genau, daß wir am 1. Mai in Berlin 6 überfüllte Versammlungen hatten und mit der „Demonstration" auf dem Baltenplatz und nach dem Friedrichsfelder Friedhof nichts zu tun hatten. Es gehört das größte Ausmaß politischer Verlumptheit dazu, einen derartigen Fischzug als „Affeier der KAP." zu bezeichnen. Die Proletarier der KPD., die in dieser weder einen bezahlten Gewerkschaftsposten noch eine sonstige Pfründe auf dem Rücken der Arbeiterklasse ergattern wollen, fragen wir, ob sie eine derartige schofele Kampfesweise im Interesse des Klassenkampfes nützlich halten?

Ausland

Deutsch-Russische Binnenschiffahrt

Es ist neuerdings gelungen, Dampfer bestimmter Größe von Petersburg aus durch innerrussische Kanal-Linien bis nach Persien zu bringen. Deutsches Kapital hat diese Möglichkeit zuerst ausgenutzt.

Damit ist eine sehr erhebliche Veränderung der weltwirtschaftlich wichtigen Transportlinien in die Wege geleitet. Bis jetzt haben die wenigen Fahrten — eine ist erst durchgeführt, eine zweite wird in allernächster Zeit vor sich gehen — dem Transport von deutschen Exportgütern, die nach Südrußland und nach den Uferstaaten des Kaspischen Meeres bestimmt waren, gedient. Aber nichts steht im Wege, daß künftig auf dieselbe Weise russische Exportgüter, in der Hauptsache Getreide und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse, nach Westeuropa verfrachtet werden. Ja, man kann sagen, daß solche Frachten notwendig sein werden, daß von ihnen das Gedeihen der ganzen Linie abhängt, da natürlich die Schiffe in der Regel Rückfracht haben müssen, wenn die Sache sich lohnen soll.

Die Transportverbilligung, die damit eintritt, rückt große Gebiete Mittel- und Südrußlands mit ihren landwirtschaftlichen, aber auch mit ihren Bergbauprodukten, vor allem dem ukrainischen Manganerz, der westeuropäischen Wirtschaft um ein entscheidendes Stück näher. Die ganzen Konsequenzen, die sich daraus ergeben können und auf die Dauer ergeben müssen, sind wahrhaft revolutionärer Natur; sie hier aufbrechend den Rasm nicht.

Ob diese Transportlinie für längere Zeit in Händen einer deutsch-russischen kapitalistischen Gruppe bleibt, ist natürlich sehr fraglich.

Die Engländer, die bereits die Kontrolle der Ostsee praktisch in Händen haben — abgesehen von dem kleinen französisch-polnischen Schönheitsfehler in Danzig — werden trachten müssen, die innerrussische Kanalschiffahrt auf der Linie Petersburg-Astrachan mit ihrem persischen Ausläufer unter ihre Kontrolle zu bekommen. Wenn sie nicht, nebenbei gesagt, stark beteiligt sind.

Sicher ist eins: dieser neue Schiffahrtsweg bildet ein hohes und breites Tor für den Einzug des modernen Kapitalismus in Rußland. Auf ihm fahren der Händler, der Pionier des kolonisierenden Kapitals, der Kreditgeber, der Makler an der Londoner und Berliner Getreidebörse in das heilige Rußland der Bauern-„Sowjets", und sie werden von den Ufern der Kanalstraße nicht verschwinden, bevor nicht die europäischen Arbeiter die Paläste dieser Aussauger zertrümmert haben. Erst wenn die siegreichen Arbeiter Deutschlands und Englands ihre Schiffe auf die Ströme von Mütterchen Rußland schicken, werden auch die russischen Arbeiter das Brot ihrer Heimat wieder essen und das Erz ihres Landes wieder schmieden können, ohne bei jedem Bissen und jedem Hammerschlag ihren Tribut an die Börsen und Handelskontore von Hamburg, London und Newyork zu zahlen. Dann werden sie vielleicht auch wissen, was ihnen das Regiment der Bolschewiki seit 1921 gebracht hat.

„Revolutionärer" Parlamentarismus in England

London, 28. April. (EP.) Im Unterhaus griff gestern der kommunistische Abgeordnete Newbold die königliche Familie und die „Patrioten", die an den Vermählungsfeierlichkeiten des Herzogs von York teilgenommen hatten, heftig an. Er erklärte, daß der unverschämte Aufwand, der bei dieser Feierlichkeit gemacht worden sei, und die Reklame, die sie begleitet hatte, eine offene Aufreizung zur Revolution seien und von der englischen Arbeiterklasse nicht verstanden würden.

Wirtschaft

Der Dolchstoss gegen die Mark

Seit vierzehn Tagen werden wir angeödet mit offiziellen und offiziösen Mitteilungen der Cuno-Regierung, daß sie nunmehr aber wirklich, ganz im Ernst, ohne Spaß mal etwas gegen das unberechtigte Devisenhamstern tun werde. Jeden Tag sind Beratungen und Sitzungen, und es wird gesessen und gebrütet über dem Problem, daß die Schwarte knackt.

Am Donnerstag früh hieß es dann:

Die Reichsregierung hat auf Grund des Ermächtigungsgesetzes dem Reichsrat die Entwürfe von Notgesetzen über Maßnahmen gegen die Devisenspekulation und über Wechselstuben vorgelegt.

Der erste Entwurf sieht weitgehende Beschränkungen für Markverkäufe ins Ausland, Anmeldepflicht für Devisenkäufe für Rechnung von Ausländern oder auf eigene Rechnung von Devisenbanken, gesetzliche Sicherungen für das von der Reichsbank schon erlassene Verbot der Devisenbeleihung, schließlich eine Befugnis der Reichsbank vor, von jedermann Auskunft über Devisenbestände und Devisengeschäfte zu fordern sowie die Ablieferung wirtschaftlich nicht berechtigter Devisenbestände zu verlangen.

Der zweite Entwurf regelt die Konzessionierung der Wechselstuben und stellt sie unter besondere Aufsicht.

Sobald der Reichsrat diesen im Einvernehmen mit der Reichsbank ausgearbeiteten Entwürfen zugestimmt haben wird, was voraussichtlich in wenigen Tagen der Fall sein wird, wird die Reichsbank von den für sie in Aussicht genommenen weitgehenden Befugnissen entsprechenden Gebrauch machen.

Das war sehr hübsch. „Sobald . . . haben wird, was voraussichtlich . . . sein wird . . . „Die Leute, die das verfaßt haben, sind würdige Aufrufer vor der Jahrmarktsbude der Ebertrepublik. „Treten Sie ein, meine Herrschaften, so etwas schönes haben Sie noch nie gesehen!"

In dem Augenblick, in dem dies geschrieben wird, springt der Dollar von 32 000 auf 39 000. — Die Welt wird schöner mit jedem Tag, man weiß nicht, was noch werden mag. Muß man erst beweisen, daß der Inhalt der neuen Verordnung alles beim alten läßt? Wie könnte es anders sein? Was sind „wirtschaftlich nicht berechtigte Devisenbestände"? Wo wäre der Kaufmann, der Industrielle, der nicht mit guten Gründen beweisen könnte, daß seine Bestände durchaus wirtschaftlich berechtigt sind?

Die Börse jedenfalls, die doch schließlich aus den Fachleuten besteht, hat sich ihren Vers gemacht auf das Gegacker der Regierungshenne. Die Plutokratie erklärt, indem sie den Dollar in die Gegend von 40 000 hinauftreibt, trocken und sachlich, daß ihr alles egal ist, daß sie ihre Konjunktur haben will, daß sie die Devisenordnung ebenso wie die Reparationsofferte Cunos mit sicherem Blick als billigen Schwindel durchschaut hat.

Die Reichsbank aber, der die Rolle zufällt, nach außen den „Anstand" zu wahren und den ausgeplünderten Arbeiter- und Kleinbürgermassen den ehrlichen Willen der herrschenden Klasse zu beweisen, hat am Donnerstag nicht eingegriffen. Sie hat nur geringe Devisenbestände verkauft und darauf verzichtet, die Kurse zu drücken. Sie wird sich voraussichtlich auch noch eine Weile zurückhalten, obwohl sie immerhin noch einiges leisten könnte. Warum?

Der „Lokal-Anzeiger" vom Donnerstag abend verrät den Grund, indem er schreibt:

„Die bisher hier eingetroffenen ausländischen Pressestimmen über das deutsche Angebot, die vorerst eine freundliche Aufnahme seitens der alliierten Mächte als noch in weite Ferne gerückt erscheinen lassen, hatten eine neue „Flucht des Publikums aus der Mark" zur Folge."

Also um der Welt — und vor allem dem deutschen Publikum — beizubringen, daß die schlechte Aufnahme der Cunoschen Reparationsofferte eine Panik in der deutschen Geschäftswelt bewirkt habe, — darum läßt die Reichsbank die Kurse und damit die Preise in die Höhe klettern.

Auf der andern Seite hat man den Kohlenarbeitern schon vorweg eine Lohnerhöhung gegeben, damit sie für diesen Preis weiter in der Einheitsfront mit „ihren" Kapitalisten durchhalten. Und an der Börse verweist man jetzt auf die in Aussicht stehende Kohlenpreiserhöhung und auf die laufenden Verhandlungen über Lohnheraufsetzungen, um damit zu begründen, daß man eben zur Stabilität der deutschen Mark beim besten Willen noch immer kein Vertrauen haben könne. Die bodenlose Frechheit dieser Argumentation wird höchstens noch übertroffen von dem unergründlichen Stumpfsinn von Proletariern, die sich diese Republik noch immer als einen Gegenstand aufschwatzen lassen, der ihres „Schutzes" würdig und bedürftig sei.

Zusammenbruch der Finanzen

Auf dem Gebiete des Finanzwesens ist eine Zerrüttung eingetreten, die jede Orientierung zu einer Qual macht. Der Umlauf der Zahlungsmittel betrug in der Vorkriegszeit in Deutschland 4—5 Milliarden Mark. Genau läßt sich das nicht feststellen, weil keine Beweise vorhanden waren, wieviel deutsches Geld durch Verbrauch, Verlust und durch dauernde Einkapselung dem Verkehr entzogen war. Von diesen 4—5 Milliarden waren 1,8 Milliarden Banknoten und Reichskassenscheine. Der Höchstbetrag an Reichskassenscheinen durfte laut Gesetz nicht 360 Millionen übersteigen. Reichskassenscheine sind seit Kriegsausbruch nicht vermehrt. Der Rest entfiel auf das Metallgeld.

Nach dem letzten Reichsbankausweis vom 23. April 1923, mitgeteilt in Nr. 100 der „DBZ." vom 1. Mai 1923, beziffert sich der deutsche Notenumlauf auf rund 6,1 Billionen Mark. Dazu kommen noch 12,6 Milliarden Mark Darlehnskassenscheine, ein Geldzeichen, das es vor dem Kriege nicht gab. Das „Girogeld" (die sogenannten täglich fälligen Verbindlichkeiten der Reichsbank) kann seiner wirtschaftlichen Funktion nach nicht von den Geldzeichen getrennt werden. Es beläuft sich heute auf rund 3,67 Billionen Mark (3,24 für Privat- und 0,43 für Reichs- und Staatsguthaben) gegen rund 1 Milliarde Mark vor dem Kriege. Die Steigerung ist hier also größer als bei den Geldzeichen. Diese 3,67 Billionen Mark sind nun nicht, wie Reichsbank und bürgerliche Wirtschaftstheoretiker es hinstellen, „Guthaben". Sie sind wohl eingezahlt und werden in den Büchern der Reichsbank als Guthaben der Klientel geführt. Vorhanden indes sind sie nicht. Sie sind als Noten, für den Staatshaushalt verausgabt. Die „täglich fälligen Verbindlichkeiten" werden auch täglich durch die Notenpresse neu fabriziert. In der Vorkriegszeit war die oben erwähnte Milliarde stets in den Tresoren der Reichsbank (in allen Reichsbankstellen des Reiches zusammen) vorhanden. Die 3,67 Billionen sind demnach keine Guthaben der demokratischen Republik, sondern Schulden! Sie sind also den 6,1 Billionen Banknoten und 12,6 Milliarden Reichskassenscheinen hinzuzuzählen. Der Schuldteil des Reiches in Noten beläuft sich also auf 9,896 (also rund 10) Billionen, oder 10 000 Milliarden Mark; nicht 6,1! Außer den 10 Billionen Schulden der demokratischen Republik, hat sie noch weitere 10 Billionen Mark Anleiheschulden.

Nach dem oben erwähnten Ausweis will die Reichsbank noch 919,9 Millionen Mark Gold in den Tresoren haben. Will! Daher argumentiert man: Für ein goldenes 20-Mark-Stück zahlt die Reichsbank 85 000 Papiermark, also seien die 919,9 Millionen Goldmark 3,9 Billionen Papiermark wert. Damit sei der Notenumlauf von 6,1 Billionen zu 80 Prozent durch Gold gedeckt! Die 919,9 Millionen Goldmark gleich 3,9 Billionen Papiermark reichen ja nur als Deckung für die 3,67 Billionen Einlagen, für welche die Reichsbank den Einlegern Schuldner ist. Der Notenumlauf von 6,1 Billionen Mark hat also überhaupt keine Deckung. Diese Banknoten stellen also richtiges entwertetes Papier dar. Da die Reichsbank (obwohl der Form nach ein privates Aktienunternehmen, ist sie heute doch mit der demokratischen Republik eins) ihren Schuldnern die Einlagen in Gold nicht zurückzahlen kann, ist die sog. Deckungsfrage eine rein abstrakt-theoretische. Auf die Gesamtnotenschuld von rund 10 Billionen Mark würden die 919,9 Millionen Goldmark nach diesem verwegenen Rechenexempel übrigens nur 40 Prozent Deckung sein.

Der oben erwähnte Reichsbankausweis weist das erste Mal weniger als eine Milliarde Gold aus. 84,9 Millionen sind nach dem Ausland verschoben für Devisen, mit denen man dem Kapital das Profitbedürfnis stillte und es vor Markverlust schützte. Gegenwärtig drückt das Kapital wieder auf die Mark und auch auf das Gold der Reichsbank. Das Stinneskapital ist lüstern auf das Reichsbankgold und animiert den Demokratismus, die Mark weiter zu „stützen". D. h. Devisen kaufen, um sie ihm in den Rachen zu werfen. Ist das Gold aus der Reichsbank, die Banknoten ohne Wert und die demokratische Republik kreditunfähig, dann ist es für das Stinneskapital ein Kinderspiel, ihre Eisenbahnen und sonstigen Sachwerte zu „erfassen". Die Finanzmanipulationen der Reichsbank sind schon heute die eines Bankrotteurs, der mit seinem leeren Kassenschrank die Tür verbarrikadiert hat, um dem Staatsanwalt den Einlaß zu verwehren. Bisher hat sie für 22,5 Milliarden Mark Aluminiumgeld geprägt. Davon sind 9,5 Milliarden in den „Verkehr" gebracht, d. h. sie sind in unterirdischen Kanälen verschwunden. Das Reich als solches hat einen Vorteil davon nicht gehabt, denn der Herstellungswert (Arbeitslohn und Metall) übersteigt den Nennwert. Für die Verschieber und Zwischenschieber allerdings springt dabei ein schöner Rebbes heraus. Wohl aber wird ein Rest des Aluminiums in der Reichsbank als „Metallgeld" aufgeführt.

Der gesamte Geldumlauf beträgt, an der Vorkriegszeit gemessen, das 1200- bis 1500fache, je nachdem man 4 oder 5 Milliarden für die Vorkriegszeit zugrunde legt. Im Vergleich zum Papierumlauf der Vorkriegszeit das 3000fache. Durch die „Markstabilisierung" ist die Notenvermehrung künstlich gehemmt worden, obwohl sie sich in den letzten 3 Monaten versechsfacht hat. Obwohl in der Zeit des Ruhrabenteuers mehr Geld ausgegeben wurde, als in den 8 Jahren zuvor, Hunderttausende Arbeiter sind arbeitslos und haben kein, oder nur geringes Einkommen, die Kurzarbeiter und die aus der Ruhrhilfe unterstützten ein viel geringeres. An dem Produktionsrückgang und der sonstigen wirtschaftlichen Zerrüttung gemessen, müßte der Notenumlauf das Doppelte betragen. Tatsächlich betragen heute die Großhandelspreise mehr als das 6000fache der Vorkriegszeit. Am 23. April wies der Großhandelsindex des Statistischen Reichsamts eine 5738fache Preissteigerung nach.

Der demokratischen Scheinrepublik bleiben als nur zwei Wege, von denen jeder dem völligen Bankerott entgegenführt: Entweder sie nimmt das Gold aus der Reichsbank, kauft Devisen und gibt sie dem Kapital. Dies ist die „Markstützung". Danach ist die Mark wertlos, die Demokratie kaputt, kreditunfähig und Stinnes ramscht sie billig auf. Der zweite Weg ist, die „Stabilisierung" fahren lassen, den Dollar auf schwindelnde Höhe treiben und danach die Notenflut ins unendliche steigern. Auch dadurch wird die Mark wertlos, das bißchen Gold würde gar nicht verfangen, und die Demokratie bankerott. Auch hier kann sie das Schwerindustriekapital für einen Pappenstiel kaufen. Welcher Weg in den Abgrund der langsamste ist und von den Republikschützern gegangen werden wird, hängt von den Maßnahmen des vereinigten deutsch-französischen Kapitals ab. Sicher ist, daß die Auswirkungen des Ruhrabenteuers Folgen zeitigen müssen, daß das Proletariat vor seinem eigenen Werk erschauern wird.

„Vereinfachungskommission"

Der „reinsozialistische" Magistrat Berlins, der nur aus sozialdemokratischen und KPD.-Magistratsherren besteht, hat seit seinem Bestehen sein Hauptaugenmerk immer darauf gerichtet, kapitalistischer zu regieren als der Kapitalismus. Viele Proletarier, die arbeitslos oder krank waren, Kriegskrüppel, altersschwache, vom Kapital ausrangierte Arbeitssklaven wissen davon ein Liedchen zu singen. Auch Frauen, die sich und ihre Kinder allein, durch Nähen oder andere Hausarbeit ernähren müssen, haben die Humanität der „reinsozialistischen" Berliner Regierer durch Prügel auf den Magen zu spüren bekommen. Fehlte es z. B. am Gasgeld, wurde ihnen rücksichtslos das Gas abgesperrt und ihnen Licht und Kochmöglichkeit genommen, und damit auch die Arbeits- und Verdienstmöglichkeit. Mancher arbeitswillige und arbeitsfähige Mensch ist von diese „Reinsozialisten" dadurch der Armen„fürsorge" zur „Last gefallen", d. h. zur langsamen Abmurksung durch Hunger ausgeliefert worden.

Mit diesen Kleinigkeiten sind die „Schieber und Wucherer" in Berlin WW und die großen Kapitalshyänen nicht zufrieden. Sie wollen noch weniger Steuern zahlen. Das kann nur bewerkstelligt werden, wenn große Massen Proletarier, überflüssige Fresser, beseitigt werden. Bei den produktiven Anlagen der Stadt wurde es dadurch erreicht, daß man diese dem Kapital auslieferte. Von der Straßenbahn wurden viele Tausende aufs Pflaster gesetzt. Doch das alles war nur der Anfang. Die Stadt Berlin hat Ende vorigen Jahres eine „Vereinfachungskommission" eingesetzt. Diese erstattete jetzt in einer Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung ihren Tätigkeitsbericht. Es sind in den städtischen Verwaltungen „über 1100 Stellen freigemacht". D. h. die Angestellten sind resp. werden aufs Pflaster gesetzt. Aus der zentralen Verwaltung allein 962 Arbeitskräfte. Wie der Bericht mitteilt, ist das durch „Pensenüberprüfung" und durch „Zusammenlegung von Dienststellen" bewerkstelligt. In beiden Fällen hat man festgestellt, was jemand bei äußerster Anstrengung aller Kräfte leisten kann und ihm diese „Pensen" auferlegt. Schafft er es nicht, oder geht frühzeitig kaputt dabei, schön! es gibt genug Ersatzsklaven. „Nur Arbeit kann uns retten, Arbeit ist Sozialismus!"

Auch dies ist eine Stufe in den Abgrund, die der Kapitalismus gehen muß. Auch die Industrie muß diesen Weg gehen. Durch die Konzentration, Konzernierung und Vertrustung, durch Aufsaugung von Kleinbetrieben und Vereinfachung der Verwaltung und der produktiven Arbeitsmethoden müssen Arbeitskräfte überflüssig und die Unternehmen rentabler gemacht werden. Diese „Höherentwicklung" des Kapitalismus, die Proletarisierung des Mittelstandes und Hinauswurf der Proletarier bedeutet heute nicht mehr Fortschritt als zur Zeit, als sich der Kapitalismus in aufsteigender Linie befand. Damals bedeutete das Fortschritt in der Entwicklung des Kapitalismus, weil immer neue Absatzmärkte und Kaufkraft erschlossen wurde. Durch Errichtung neuer Industrien und Vergrößerung der Produktion wurden die Proletarier immer wieder zum größten Teil untergebracht. Heute bedeuten dieselben Maßnahmen Einschränkung der Produktion, Verringerung des Konsums, infolge Zerstörung der Kaufkraft der auf die Straße gesetzten Proletarier. Neue Absatzmärkte und Kaufkraft ist aber seit dem Kriege nirgends mehr geschaffen worden. Die „Vereinfachungskommissionen", in der Industrie Taylorsystem genannt, werden in Zukunft soviel Proletariern „Arbeit ist Sozialismus" einbläuen, daß ihnen entweder die Augen aufgehen, oder daß sie auf den Schindanger geworfen werden.

Aus der Jugend

Mitgliederversammlung der KAJ.
am Montag, den 7. Mai, abends 7.30 Uhr, am Ostbahnhof 17. Jugendheim.
Thema:
Jung-Kommunistische Jugend oder Jugendbewegung. — Organisatorisches.
Die Gruppen sind verpflichtet vollständig zu erscheinen.

Neukölln
Jeden Mittwoch öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Kaiser-Friedrich-Straße 4.

Britz
Jeden Donnerstag öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Chausseestraße, Rathaus II Trpp. — Am Donnerstag, den 10. Mai: Die Aufgaben der proletarischen Jugend.

Osten
Jeden Freitag bei Genosse Ostrowski, Dirschauer Str. 13. Jugendliche aus dem 7. Bezirk werden ersucht dort hinzugehen.

Cöpenick
Alle ehemaligen KAJ.-Mitglieder sowie Schulentlassene treffen sich jeden Dienstag, abends 7 Uhr, bei Genossen Helland, Schönlinder Straße 9. — Thema: Historischer Materialismus.

Mitteilungen

Quittung
Für Reste und à Conto „KAZ."-Abonnement von Pannekoek, Holland: 5 holl. Gulden.

Pressefonds
Von Erdle, Dortmund 1000; von 9. Bezirk (Britz) 600; von Schulz 1000; von B. 420; von FFB. 10 000 Mark.

Versammlungskalender der KAPD. und AAU. Groß-Berlin
2. Mai-Woche für die AAU. (10. 5.);
3. Mai-Woche für die Partei (18. 5.);
4. Mai-Woche für die AAU. (24. 5.).

„Rote Jugend" Nr. 5

Soeben erschienen:
Aus dem Inhalt: An das Jungproletariat. — Die Zersetzung des bürgerlichen Staates. — Kampftag oder Feiertag? — Reichskonferenz der Kommunistischen Jugend. — Politische Rundschau u. a. m.
— Preis [illegible] Mark —

Gross-Hamburg

Nächste Versammlungen:
Bezirk Barmbeck: An folgenden Dienstagen, abends 8 Uhr, Lokal: Witthopp, Wohldorfer Straße 33: Am 8. Mai und 22. Mai.
Bezirk Hammerbrook: An folgenden Donnerstagen, abends 8 Uhr, Lokal: Wendenhalle, Wendenstr. 72: 3. Mai und 31. Mai.
Literatur und „KAZ." ständig zu haben durch Gustav Langfeldt, Barmbeck, Kätnerort 54 I.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstraße 160

Bestellschein:
Der Unterzeichnete bestellt hiermit die
„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"
Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
Abonnementspreis für die 1. Mai-Hälfte 780,—
Durch die Post für die 1. Mai-Hälfte 900,—
Name: ____
Ort: ____ Str. ____ Nr. ____
Quergeb.: ____ Hinterh.: ____ Vorderhaus: ____
Diesen Bestellschein bitten wir an den Verlag der „KAZ.", Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, in offenem Kuvert als „Drucksache" mit [illegible] Mark frankiert, einzusenden.

4. Jahrg. Nr. 37. Preis 200 Mk.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen, im Strassenhandel, bei allen Postanstalten und durch den Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Strasse 6

Redaktion und Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6
Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen.
Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49029.

Abonnementspreis für die erste Mai-Hälfte 780 Mk. Einzel-Exemplare erste Mai-Hälfte durch die Post innerhalb Deutschlands 900 Mk. Nach dem Ausland 4000 Mk. monatlich.

Im Ruhrgebiet

Neben der von uns ständig wiedergegebenen Untersuchung der wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Katastrophenerscheinungen und — infolge der von beiden Seiten zwangsläufig herbeigeführten ungeheuren Vernichtungen unausbleiblichen Wirkungen auf das Proletariat — soll im Nachfolgenden eine kurze Aufzählung der Momente gegeben werden, die unseren Lesern ein Bild der verlogenen und oberflächlich naiven Propaganda geben. Es wird grundsätzlich in einem weiteren Artikel noch darüber zu sprechen sein. Für diesmal, und als Material gegen sozialdemokratisch und „kommunistisch" patriotische Kriegsberichterstattung nur einige Stichproben.

Herr Stampfer schrieb einmal — offenbar, um die sozialdemokratische Kriegsberichterstattung als der bürgerlichen überlegen zu kennzeichnen, von der „eisernen Entschlossenheit", die die Belegschaften zusammenspannt. Holt's der Teufel! Der Mann mag von seinem Standpunkt aus gar nicht so Unrecht haben. Denn diese Art Berichterstattung, und die ebenfalls durch „eiserne Entschlossenheit" gekennzeichnete Ausdauer hat eben solch reale Ursachen wie der Kampf, über den sie berichtet. Das Geld, mit dem diese Berichterstattung bezahlt wird, fließt aus demselben Korruptionsfonds, mit dem eben der Kampf geführt wird. Kleinigkeit, wenn zum Beispiel: im Bochumer Bezirk ein Arbeiter, trotz Verbots, die abgesperrten Wege zu passieren und trotz Anrufes, dieses Verbots ignoriert und erschossen wurde, die Betriebsräte verkünden: „Vierundzwanzigstündiger Generalstreik"! In allen Zeitungen, von den Stinnesblättern bis zu den Moskauer Skandalfahnen steht dieser „einstimmige" Beschluß auf der ersten Seite. Und es ist richtig, daß der Beschluß mit „überwältigender Mehrheit" gefaßt wurde. Es ist hier, und auch an zahlreichen anderen Orten, auch nicht der erste Proteststreik, und wird auch nicht der letzte sein, wenn — wenn wie bisher stets die Kumpels hübsch ihre Zeit bezahlt bekommen! Die Ruhr-Rhein-Mosel-Hilfe und weiß der Kuckuck wie diese Streikkasse heißt, den Unternehmern den ausgefallenen Profit weiter hübsch ersetzt! Die Kapitalisten fordern als Entschädigung für Produktionsausfall 80 Prozent Zuschuß vom Reich, und erhalten diesen! Und sie lassen alle bis jetzt infolge der Wiedergutmachungskonjunktur liegengebliebenen Notstands- und Verbesserungsarbeiten verrichten. Dazu gehören natürlich auch Neubauten usw. So entsteht durch die Ausplünderung des geliebten Vaterlandes (jede Woche entstehen ziemlich zwei Billionen neue Schulden) auf der einen Seite, und durch den Proleten (die jedesmal übers ganze Gesicht feixen, wenn sie einen Tag spazieren gehen dürfen) angedichteten „Klassenkampf", anderseits diese wunderbare „Einheitsfront", — „Eiserne Entschlossenheit" — „Vorzügliche, musterhafte Disziplin" — die neue Waffe des „demokratisch pazifistischen Zeitalters": der „passive Wiederstand". Es sei zugegeben, daß gerade in Deutschland, dem Land der traditionellen Gedankenlosigkeit und Dummheit, eine ganze Reihe diesen Schwindel glauben, glauben sogar von denen, die diesen Stumpfsinn schreiben, viele glauben, daß gerade durch diesen demokratisch-pazifistischen Geist, gerade durch diese Heuchelei, durch diesen Betrug und durch das geradezu komisch wirkende Argument, daß man ja gar nicht anders könne — von wegen der Ohnmacht — als eben so unerhört demokratisch zu sein, dem „Volke" am besten gedient wäre. Wessen diese erbärmlichen Gestalten fähig sind, wenn die wirtschaftliche Katastrophe diesen Schwindel zerreißen wird, zeigt neben den aus eben demselben Geiste geborenen Taten vergangener Zeiten gerade ihre Rolle in dem Drama an der Ruhr. Die Skrupellosigkeit, mit der diese Hyänen jede Regung des Proletariats gegen diese Henkersarbeit als Verbrechen bezeichnen, gibt schon einen kleinen Vorgeschmack.

In Berlin und dem übrigen Reiche verrecken selbst die Erwerbslosen, die noch in den „Genuß" der Erwerbslosenunterstützung kommen. In den Zeitungen derer, die sich stets gegenseitig des „Dolchstoßes" bezichtigen, wird ihnen das heroische Beispiel derer in Erinnerung gebracht, die an der „Front im Westen" unerschütterlich und aller Drangsalierung zum Trotz Leben, Existenz, Familie, Kinder aufs Spiel setzen. Kunststück! Kommt ein Gemüsehändler oder sonstiger Bourgeois zur Ruhrhilfe und klagt sein Leid, wird er in die Liste eingetragen. Er beteuert natürlich, daß er bei den Franzosen Arbeit bekommen könnte, jedoch ein viel zu guter Patriot wäre, um auch nur mit einem solchen Gedanken zu spielen. Was Wunder, daß das Vaterland eingreift, und die (für Ledige 50 Mille die Woche, für Verheiratete, mit den entsprechenden Zuschlägen — 1000 Mark die Frau, 800 Mark pro Kind täglich) „Ruhrhilfe" zahlt. Nur sehr wenige sind dumm genug, zum „Verräter" zu werden und bei den Besatzungsbehörden in Arbeit zu treten. Denn zwischen dem Unvermögen rechtzeitig die Notwendigkeit zum revolutionären Kampf zu erkennen, und nicht erst zu warten bis das deutsch-französische Kapital gemeinsam die Schlinge um den Hals der „Ruhrkämpfer" zuzieht, und komplettem Irrsinn, ist eben noch ein kleiner Unterschied. Und wenn die deutsche Regierung immer entrüstet darauf hinweist, daß dieser „Kampf" gar nicht „befohlen" wäre, so ist dies natürlich richtig. Bis jetzt sind für diesem „Kampf" noch keine höheren Sätze geboten worden. Gegen eine solche Streikunterstützung sind die Gewerkschaften Waisenknaben. Und wenn es auch wirklich nicht als revolutionäre Tat angesehen werden kann, und die demokratische Republik die Rechnung rechtzeitig präsentieren wird, so wäre es doch in Anbetracht eben dieser Sachlage eine bodenlose Dummheit, „Streikbrecher" zu werden. Die Kugeln im Laufe der weißen Banden gegen die geköderten Proleten werden jedoch in dem Moment des Kladderadatsches oder der Verständigung mit dem Erbfeind ebenso locker sitzen, wie jetzt die ihnen zugeschobenen Tausendmärkerzettel aus dem Korruptionsfonds. Und für die entrüsteten Demokraten wird dies ebenso selbstverständlich sein, wie die Ueberflüssigkeit einer „Aufforderung".

Gewiß sind viele Eisenbahner, Beamte usw. auf die Straße gesetzt worden, nachdem sie sich weigerten unter den Bajonetten des französischen Militarismus Dienst zu tun. Und gewiß gibt es eine Reihe (und gerade unter den Beamten) nationalistischer Elemente, die im ersten Rausch sich konsequent weigerten. Jedoch muß berücksichtigt werden, daß die Franzosen nur die Dienstwohnungen requirierten, die sie für ihre Genietruppen gebrauchten. Sie [illegible] ebenso wie die weißen Garden in Deutschland bei ihren Feldzügen gegen rebellierende Proletarier. Nur mit dem Unterschied, daß die Tanks, Maschinengewehre nicht immer blindlings wüteten, und von Standgerichten, bei denen jeder Strolch auf Gutdünken unbeschränkt Proleten erschießen konnte, nichts zu merken war. Es ist eben unbedingte Pflicht eines demokratisch-pazifistischen Kriegsberichterstatters, daß er sich hier über die Scheußlichkeiten des Militarismus entrüstet, die so ehemals von den vom „deutschen Geist" beseelten Weltverbesserern als „Stahlbad" gefeiert wurden.

Oeffentliche Versammlungen
Dienstag, 15. Mai, abends 7 Uhr
Zentrum, Bökers Festsäle, Weberstr. 17
Norden, Pharus-Säle, Müllerstr. 142
Moabit, Stadt-Theater, Alt Moabit 47-48
Thema:
Die Auflösung Deutschlands und die Arbeiterklasse

Auf derselben Höhe, wie die Berichterstattung demokratischen Stils steht die gesamte Propaganda der deutschen Bourgeoisie. Sie erschöpft sich neben der Verschleierung der wahren Stimmung und Lage in der Ausschlachtung von Einzelfällen, Veranstaltung von [illegible]leichenzügen, einem großen Geschrei über „Rechtsbruch" und Willkür, und jeder, dessen Hirn noch [illegible] Erwägungen zugänglich ist, merkt auf den ersten Blick die Ueberlegenheit der französischen Propaganda gegen die deutsche. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß das wegen seiner brutalen Borniertheit und jeder revolutionären Tradition bare deutsche Bürgertum seine sprichwörtlich gewordene Dummheit, über die schon die ganze Welt lacht, selbst als die genialsten Eigenschaften nicht nur lobt, sondern allen Ernstes an eine günstige Wirkung glaubt. Die einzige Grundlage der Propaganda bilden ein paar erschossene Proleten, beschlagnahmte Gelder oder Kohlen, und wenn der Krupp-Prozeß nun nicht gekommen wäre, und in Zukunft die Franzosen nicht ein klein wenig für Stoff sorgen, wird man, wenn man nicht vollständig aufsitzen will, schon diese Fälle provozieren müssen, wie dies jetzt jeden Tag geschieht. Man merkt in jeder Beziehung — ganz abgesehen von der Unzulänglichkeit der wirtschaftlichen und finanziellen Machtmittel — den kurzen Atem, den Husten, der für den Läufer schon das sichere Zeichen für sein Verhängnis ist. Gewiß muß zugegeben werden, daß die deutsche Bourgeoisie das Reparationsproblem gar nicht, auch nur scheinbar, zur Diskussion stellen kann. Jeder Versuch, ernsthafte Sicherungen zu geben, rüttelt an der Grundlage des kapitalistischen Eigentums. So war die letzte Note zugeschnitten auf das kritiklose, vom blödesten Nationalismus zersetzte Hirn des deutschen Spießers. Und dieser träumte Tag und Nacht von dem „Opfer" der Industrie und den 30 Milliarden, die sich die Entente für Deutschland pumpen sollte, um sie vielleicht später, wenn die „Finanzen saniert" sind, einmal, wenn alles gut geht, zu bekommen. In der Presse war eine glatte Ablehnung vorausgesagt, und jene bemitleidenswerten Gestalten mit dem behäbigen Bauch, dem glänzenden Gesicht, der großen Uhrkette und dem großen Bimstopf mit dem Vogelgehirn plapperten mit der unnachahmlichen Miene des deutschen Oberlehrers geschäftig die Weisheit nach: „Die Franzosen haben Angst vor unserem Angebot. Sie wollen kein Geld, sondern „unser" Ruhrgebiet. Sie werden sich jedoch entlarven müssen. Das Gewissen der Welt wird erwachen." Sie haben bloß noch nicht begriffen, daß im Kampfe zweier Betrüger untereinander aber auch gegen und um das kleinbürgerliche Proletariat nicht der Dümmste, sondern der Gerissenste den Vorteil hat. So war es nur natürlich, daß nach der Antwort Frankreichs die Maulsperre wieder so furchtbar grasierte, denn: so richtig es ist, daß das französische Kapital weiß, daß diese von ihm benötigten Summen nicht aufzutreiben und einzutreiben sind, so ist es doch nicht dumm genug, dies auszusprechen. Die 3. Internationale und ihre Propaganda, die im Konkurrenzkampfe für Massenbetrug zweifellos den ersten Preis erhalten müßte, ist von Frankreich nicht unbemerkt geblieben. Und während die demokratische Republik lediglich sich mit dem Skandal des betrogenen Betrügers begnügt, schlägt die französische Heeresleitung überall den Wunschzettel der KPD. an. „Erfassung der Sachwerte", um die Reparationslasten zu decken. Mehr Steuern für die Kapitalisten. Abwälzung der Lasten auf die Schultern der Besitzenden! Vom kleinbürgerlichen Standpunkt aus ist die französische Propaganda der deutschen einfach überlegen. Sie erweckt bei denen, die an einen „Wiederaufbau" glauben, den Eindruck der Sachlichkeit und Grundsätzlichkeit. Und dahinter steht ein starker militärischer Apparat und eine Politik auf lange Sicht. Die Lügenmeldungen, die selbst die deutschen Telegraphenagenturen sehr oft zu dementieren gezwungen sind, sind hübsch daneben geklebt. Im Ausland, wo man auf erschossene Proleten sehr wenig, auf scheinbare Sachlichkeit aber sehr viel gibt, schüttelt man über die kindische und heuchlerische Entrüstung nur den Kopf. Der pazifistisch-demokratisch-deutschen Unschuld, der vor Mitleid über Proletarierblut das Herz zu brechen droht, hält der französische Pressedienst ihre eigenen Schandtaten vor, in Mitteldeutschland, in Lichtenberg, im Ruhrgebiet, in Braunschweig, jetzt zuletzt in Mülheim und druckt dazu die Hetzartikel der deutschen Presse ab. Auf jede Weise ist die französische Propaganda der deutschen überlegen. Sie ist für das Proletariat ungleich gefährlicher. Und die Art und Weise, im großen und ganzen, wie das französische Kapital vorgeht und möglichst jede Provokation vermeidet, um sein Ziel zu erreichen, beweist, daß das französische Kapital die deutsche Methode in bezug auf Annexion längst in die Rumpelkammer geworfen hat.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten mehren sich von Tag zu Tag und reißen immer größere Massen in den Strudel hinein. Im Bezirk Barmen-Elberfeld steht die Textilindustrie vor dem Erliegen und die Arbeitszeit ist größtenteils auf drei Tage verkürzt. Die Teuerung jedoch steigt unaufhaltsam und nimmt immer gefährlichere Formen an. Gerade die Textilarbeiter kamen dadurch in eine geradezu hoffnungslose Lage. Aber wozu sind denn die Gewerkschaften da? 75 Proz. Lohnerhöhung ist doch eine feine Sache, die Proleten auf die Straße zu bringen. Als besonderes Zugmittel wandte man 150 000 Mark Teuerungszulage an. Nach dem zweiten Marksturz waren natürlich diese Summen „überholt". Um nun zu zeigen, wie blutiger Ernst es besonders der „Opposition" ist, erklärte diese, daß es doch ganz einfach wäre, diese Sätze zu verdoppeln. Aber wie erreichen? Nun einfach so: Man zog erst die Färber aus dem Betrieb, die schon über acht Tage draußen stehen. Man brauchte, wie immer, einen „Stoßtrupp". Dieser Stoßtrupp zog am 8. Mai mit Pauken und Trompeten vors Rathaus, um den Regierungspräsidenten Kunde zu geben von diesem Kampf. Resultat: Der Regierungspräsident hat erst am 10. Mai Zeit zum Verhandeln mit den maßgebenden Körperschaften, und natürlich „ein Herz" für die Textilarbeiter. Parole der Verhandlungskommission: Musik nach vorn! Barmer rechts, Elberfelder links raus! Geht nach Hause und wahrt Ruhe und Ordnung. Die Musik spielt, die Trommeln wirbeln und im Gleichschritt verlassen die Färber den Kampfplatz. Die übrigen Textilarbeiter können natürlich infolge Materialmangel nicht weiterarbeiten, und man rechnet mit ihrer Entlassung. Aber die geschickte Strategie der Streikleitung ist auch hier bewunderungswürdig. Wenn nämlich Entlassungen wegen Arbeitsmangel erfolgen, tritt die „Ruhrhilfe" in Tätigkeit, und auf diese Weise be-